

Mehr Sozialdemokratie wagen!?

Bericht vom Bundesparteitag in Dresden 2009

Liebe Genossinnen und Genossen, auf den kurzen Nenner "Mehr Sozialdemokratie wagen!?" bringe ich für mich die "Kernbotschaft" des Bundesparteitags vom 13. -15.11.2009 in Dresden: Mit einem Ausrufezeichen, weil sich die Delegierten einig waren, dass wir ausgehend von unseren sozialdemokratischen Grundwerten unsere Politik neu bestimmen müssen. Mit einem Fragezeichen: Der Parteitag hat das Ziel bestimmt, den Weg dahin haben wir noch vor uns, ob er uns gelingt, wird sich zeigen.

Adressaufkleber

Müntefering: "Wahlniederlage selbst verschuldet"

Franz Müntefering eröffnet am ersten Tag die über fünfstündige Generaldebatte. Er bestätigt den Vertrauensverlust gegenüber der SPD und bezeichnet die Wahlniederlage als "selbstverschuldet", d.h. nach seiner Ansicht gab es zwischen der SPD und ihren Wählerinnen und Wählern vor allem ein "Kommunikationsproblem". Als Erklärung führt er an, dass sich die SPD seit der Regierungsübernahme 1998 uneins darüber sei, in

welchem Verhältnis sich "Innovation und Gerechtigkeit"zueinander befinden müssten. Eine selbstkritische und differenzierte Auseinandersetzung mit den arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen (z.B. Ausweitung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen, Hartz IV) und der Rente mit 67 vollzieht er nicht. Im Gegenteil. Er befindet, dass wir "mit der Anhebung des faktischen Rentenalters gut vorangekommen sind." Das Thema Gleichstellungspolitik fehlt ebenso wie die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan.

Generaldebatte: SPD hat Glaubwürdigkeit verloren

Die 66 Beiträge quer durch alle Flügel und Ebenen der Partei, die dieser Rede folgen, gehen sachlich und differenziert, aber inhaltlich leidenschaftlich und schonungslos mit Parteivorstand, Ministerhandeln und dem beklagenswerten Zustand der innerparteilichen Demokratie um.

Erfolge werden benannt, z.B. Fortschritte in der Umwelt- und Familienpo-

Von Gisela Niclas

Delegierte zum Bundesparteitag für den Unterbezirk Erlangen



litik, im Umgang mit der Finanzkrise, beim Mindestlohn; als wesentliche Gründe für den Vertrauensverlust werden angeführt: Wesentliche Teile der Agenda 2010. Als Reformpolitik und Auflösung von Verkrustung – also mit positv besetzten Begriffen -- wurden die Ausweitung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen, Hartz IV und die Rente mit 67 "kommuniziert". Die konkreten Auswirkungen auf die Lebenssituation vieler Menschen sind negativ, sie führen zu sozialem Abstieg und Zunahme von Armut bzw. der Zunahme von Unsicherheit und Angst. Weitere Beispiele sind: Die Mehrwertsteuer: Eine zentrale Aussage zur Bundestagswahl 2005 lautete "keine Erhöhung", weil das überproportional diejenigen Menschen belastet, die nicht viel Geld haben. Dennoch erfolgt eine Fortsetzung auf Seite 3

Termine

02.12	20:00	AsF: Sitzung	Raum neben Dritte-Welt-Laden	S. 26
08.12	19:00	Distrikt Ost: vorweihnachtliches Beisammensein	Waldschänke	S. 24
08.12	19:30	Distrikt Frauenaurach: Jahresabschlussessen	TSV-Sportheim	S. 23
08.12	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 24
08.12	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 24
08.12	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27
09.12	19:00	Distrikt West: Jahresabschlussessen	Güthlein	S. 25
09.12	20:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 23
15.12	15:00	AG 60plus: Treffen	August-Bebel-Haus	S. 26
15.12	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
15.12	20:00	Distrikt Innenstadt: Jahresabschluss	August-Bebel-Haus	S. 24
16.12	20:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 5
17.12	20:00	AsF/Jusos: Bildungsdiskussion	August-Bebel-Haus	S. 26
18.12	19:00	AsF: Jahresabschlussfeier	Julie Mildenberger	S. 26
19.12	20:00	Jusos: Jahresabschlussfeier	Andreas Richter	S. 27
22.12	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27
08.01	19:00	Jahresauftaktfest	Tanzschule Geist	S. 5
10.01		Verleihung Peter-Zink-Preis		
11.01	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 25
12.01	20:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	AWO-Raum	S. 23
12.01	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27
13.01	20:00	AsF: Sitzung	Raum neben Dritte-Welt-Laden	S. 26
16.01	16:00	Distrikt Innenstadt: Fraktion vor Ort	Calvin-Saal	S. 24
19.01	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
20.01	15:00	AG 60plus: Treffen	August-Bebel-Haus	S. 26
20.01	20:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 5
20.01	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 25
21.01	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
26.01	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27
03.02	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 26

Impressum

Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees Lichtenfelser Weg 6, 91056 Erlangen

Telefon: 09131-483791

monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen **Druck:** Gruner Druck, Erlanegn

Auflage: 700 Stück



Foto: © SPD 2009

schnelle Erhöhung nach der Wahl in der Großen Koalition gleich um drei Prozentpunkte; die Gleichstellungspolitik: In der Großen Koalition wird sie sang- und klanglos aufgegeben; die BKA-Gesetze: Abbau von Bürgerrechten u.a. Afghanistan kommt als Thema kaum vor.

Zustand der SPD: Basta-Politik von oben nach unten und Demokratie-Defizit müssen beendet werden; Selbstkritisch wird festgestellt, dass die Bundestagsfraktion und die Partei auf allen Ebenen viel zu viel mitgetragen und viel zu oft geschwiegen hat.

Sigmar Gabriel mit 94% Zustimmung zum neuen Parteivorsitzenden gewählt: Abschied vom Konzept der "neuen Mitte"

Mit einer rhetorisch glanzvollen Bewerbungsrede gelingt Sigmar Gabriel eine vollendete "One-Man-Show", gleichzeitig aber auch eine tiefer gehende Analyse der schlechten Wahlergebnisse als seinem Vorgänger. Die SPD habe nicht nur eine Wahl verloren, sondern in Etappen. Der Grund hierfür sei "ein großes Mißverständnis", nämlich "der Irrglaube darüber, was eigentlich die politische Mitte in Deutschland" sei. Er sagt, "seit bald 20 Jahren geht ein neues Gespenst um in Europa: das Gespenst der politischen Mitte, genauer gesagt: der neuen Mitte." Die "eigentliche Ursache" für die Wahlverluste sieht Gabriel darin, dass man sich einer vermeintlich festgelegten Mitte annähern müsse, wenn man noch Wahlen gewinnen wolle. In den letzten Jahren habe die SPD in der "Anpassung an die herrschende Lehre" (Marktradikalismus und Globalisierungstauglichkeit) Politikkonzepte entwickelt, die das Gerechtigkeitsempfinden und das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit verletzt und Abstiegsängste bei weiten Teilen der Wählerschaft geweckt hätten. Damit habe die SPD ihre "Deutungshoheit" der

Befindlichkeit und der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Menschen verloren.

Als zentrale Aufgabe sieht Gabriel die Beantwortung der Frage "Wer bestimmt in Zukunft die Regeln – Politik oder Ökonomie?". Er plädiert für die Rückkehr zum Schulterschluss mit den Gewerkschaften, zum verstärkten Dialog mit den Sozialverbänden, aber auch mit den fort-

schrittlichen Kräften in Wissenschaft, Li-

teratur und Kunst. Die Bedeutung der Kommunalpolitik in der SPD will er aufwerten; Das Thema Afghanistan streift er nur kurz ("das müssen diskutieren..."), Gleichstellungspolitik

Gabriel hat die Delegierten begeistert. Er wird dafür mit rund 94 Prozent der Stimmen belohnt. Er hat keine Abkehr von der bisherigen Politik vollzogen, aber er Foto: © SPD 2009

hat eine Reihe von richtigen Fragen gestellt. Er verspricht, "die Partei nach innen und außen stärker zu öffnen", die SPD "zur Politikwerkstatt zu machen, in der alle mitarbeiten" sollen.

Die Nachhaltigkeit dieses Versprechens werden wir zu überprüfen haben. Ebenso, ob die Verknüpfung von "Oneman-Show" und Teamarbeit mit dem neugewählten Parteivorstand, der Bundestagsfraktion und allen Ebenen unser Partei tatsächlich entwickelt werden wird. Sie ist die Vorraussetzung dafür, dass in der Werkstatt nicht nur gewerkelt, sondern auch ein überzeugendes und glaubwürdiges Ergebnis erzielt wird.

Fortsetzung auf Seite 4



Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen. wir laden Euch herzlich ein zur unserer nächsten

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 21. Januar 2010, 20.00 Uhr **Turnerbund, Spardorfer Straße 79**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

- 1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
- 2. Vorstellung der Pläne für das Gewerbegebiet G6 in Tennenlohe (E. Bruse, Bauund Plaunungsreferent der Stadt Erlangen); anschließend Diskussion und Beschlussfassung
- 3. Bericht vom Bundesparteitag in Dresden (Gisela Niclas)
- 5. Berichte aus den Disktrikten und Arbeitsgemeinschaften
- 6. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Leitantrag und Antragsberatung: "Unsere Politik hat auch Schwächen und Fehler gehabt"

Der zweite Tag steht im Zeichen der Antragsberatung. Der Leitantrag befasst sich mit allen Politikfeldern und formuliert (mehr oder weniger vage) Handlungsansätze. Er übt nur milde Selbstkritik und bleibt damit deutlich hinter den Diskussionsbeiträgen des ersten Tages zurück. Zum Thema Rente mit 67 heißt es hier beispielsweise: "Die Erhöhung des Renteneintrittsalters wird bei vielen Beschäftigten als Eingriff in die persönliche Lebensplanung wahrgenommen". Zur Koalitionsfrage heißt es: "Weder schlie-Ben wir bestimmte Koalitionen aus Prinzip aus, noch streben wir aus Prinzip bestimmte Koalitionen an. "Immerhin!

Konkret beschlossen werden weitreichende Forderungen zur internationalen Finanzmarktregulierung, eine umfassende Regulierung der Leiharbeit und die Vermögenssteuer als unverzichtbarer Bestandteil eines sozial gerechten Steuerkonzeptes. Insgesamt gelingt nur an wenigen Stellen durch Abstimmung eine Zuspitzung. Die meisten Anträge zur Ergänzung oder Änderung finden keine Mehrheit, so auch beim Thema Afghanistan. Vieles wird per Empfehlung der Antragsberatung und Beschluss der Parteitagsmehrheit an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion verwiesen.

Erhard Eppler "50 Jahre Godesberger Programm": Alternative zum Marktradikalismus durchsetzen

In einer nachdenklich und zugleich kämpferischen Rede spicht Erhard Eppler am dritten Tag zur Entstehung des Go-

desberger Programms und seiner Bedeutung für die Poltik der SPD. Er beschreibt eindringlich die Notwendigkeit von Programmatik einerseits und ihre notwendige Verknüpfung andererseits mit der Lebenswirklichkeit der Menschen. Überzeugende Politik entsteht im Streben nach einer möglichst hohen Übereinstimmung zwischen den programmatischen

Grundwerten und den konkreten Lebensinteressen und Befindlichkeiten.

"Eine marktradikale Welle" so Eppler weiter, "ist über die ganze Erde und natürlich auch Deutschland und Europa hinweggegangen, die (...) manches weggeschwemmt hat, was Sozialdemokraten lieb und wert gewesen ist." Drei Viertel der Deutschen seien der Meinung, es gehe bei uns ungerecht zu, und die Hälf-



Foto: © SPD 2009

te davon sei der Meinung, dass dass niemand ändern werde. Eppler fomuliert daher als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen und europäischen Sozialdemokratie Folgendes: "Der Marktradikalismus hat seine Widerlegung überlebt, aber die Sehnsucht nach einer Alternative wächst in der Bevölkerung. (...) Und genau da werden wir zu arbeiten haben. Wir werden die Alternative zu diesem marktradikalen Denken formulieren, propagieren und durchsetzen müssen."

Parteitag in Dresden: Neuanfang gelungen?

Was habe ich persönlich aus Dresden mitgenommen? Die Wahlanalyse wurde ehrlich und umfassend betrieben. Der Neustart kann gelingen. Eine endgültige



Foto: © SPD 2009

positive Bewertung hängt davon ab, wie grundlegend und ernsthaft die selbstauferlegten Aufträge im nächsten Jahr abgearbeitet werden. In 2010 sollen alle Parteigliederungen umfassend ihre Erfahrungen in und mit dem Bundestagswahlkampf dokumentieren. Die Zusammenfassung wird auf einem Sonderparteitag in 2010 vorgenommen. Die Konsequenzen daraus sollen auf dem nächsten

ordentlichen Parteitag in 2011 beschlossen werden.

Die Debatten in Dresden haben gezeigt, dass die Wahlanalyse, die wir hier in Erlangen gemacht haben, sich mit den Einschätzungen in anderen SPD-Bezirken und Landesverbänden deckt. Das heißt, wir stehen mit unsere Einschätzung in der Gesamtpartei nicht auf verlorenem, weil linksla-

stigem Posten. Nach der Interpretation unseres neuen Vorsitzenden Sigmar Gabriel ist die Mitte links, und damit stehen wir an genau der richtigen Stelle. Ob in Erlangen oder in Dresden: Es geht um die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Der Schweinegrippe zum Trotz wünsche ich Euch fröhliche Weihnachten und ein friedliches Neues Jahr 2010

Eure Gisela Niclas

Heide Mattischeck weiterhin Mitglied der Kontrollkommission

Auf dem Bundesparteitag in Dresden wurde die ehemalige Erlanger Bundestagsabgeordnete Heide Mattischeck als Mitglied der Kontrollkom-



mission wiedergewählt. Bei der Wahl zu dem Gremium, das die Arbeit des Parteivorstands und insbesondere die Finanzen kontrolliert, erhielt Heide das mit Abstand beste Stimmenergebnis aller Kandidatinnen und Kandidaten.

Dem Parteivorstand gehören aus Bayern gehören künftig der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin (München) und der Landesvorsitzende Florian Pronold an. Letzterer wurde auch in das Präsidium der SPD gewählt.

Einladung zum Jahresauftaktfest

Liebe Genossinnen und Genossen, den Beginn des neuen Jahres möchten mit Euch ganz unpolitisch und außergewöhnlich feiern. Wir laden deshalb alle Mitglieder ganz herzlich ein zu unserem

"Jahresauftaktfest 2010" am 8. Januar 2010 in das Tanzstudio Geist in Erlangen

Von 19.00 bis 21.00 Uhr wollen wir mit Euch zusammen in fröhlicher Runde einen kleinen Ausflug in die Welt der Standard- und Lateinamerikanischen Tänzen machen. Vorkenntnisse sind natürlich nicht erforderlich. Wir hoffen allerdings auf eine hohe Männerquote. Ab 21.00 Uhr soll es dann mit einer lockeren Party

weitergehen, bei der jeder seinen "persönlichen" Tanzstil ausleben kann. Neben einem großen Tanzparkett sind natürlich auch jede Menge Sitzgelegenheiten und Tische vorhanden, für alle die lieber "sitzen" bleiben und sich unterhalten wollen. Auch für das leibliche Wohl (Essen und

Trinken) ist auf jeden Fall gesorgt. Das Tanzstudio Geist findet ihr in der Äußeren Brucker Straße 51 in der ehemaligen ERBA im 1. Stock des Rückgebäudes (Zugang über die Michael-Vogel-Straße). Wir hoffen auf euer zahlreiches Erscheinen.



Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

1. Wir treffen uns wieder

am Mittwoch, dem 16.12., um 20 Uhr im Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses

und schließen unsere Arbeit entlang des Buches von J Huffschmid "Politische Ökonomie der Finanzmärkte" ab.

Nach der "traditionellen" aktuellen halben Stunde wird diesmal Philiip Dees das 6.und letzte Kapitel "Europäische Reforminitiative - Baustein für die neue Finanzarchitektur" referieren und dabei als "Update" auch die Euromemoranden 08/09 und 09/10 ansprechen.

2. Im Januar 2010 treffen wir uns am gleichen Ort

am Mittwoch, dem 20.01., 20 Uhr.

Außer "Aktuelles" wollen wir da vor allem Bilanz ziehen aus unseren Diskussionen des vergangenen Jahres zur Politischen Ökonomie der Finanzmärkte und politische Folgerungen und Forderungen diskutieren

Helmut Pfister

Aktion 350ppm

Unter dem Motto 350ppm fand am 24. Oktober der weltweite Klima-Aktionstag statt. 350ppm steht für die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre, gemessen in parts per million (ppm). Dieser Wert wird als der Grenzwert betrachtet, ab dem erwartet wird, dass die negati-

ven Folgen durch den Klimawandel unbeherrschbar werden. Derzeit liegen wir bereits bei 387ppm CO₂.

Ziel des Klima-Aktionstags war es, die EntscheidungsträgerInnen der Welt, die sich im Dezember in Ko-

penhagen versammeln, um einen Vertrag über die Begrenzung der Emissionen zu beschließen (Kyoto-Nachfolgevertrag) auf Ihre große Verantwortung hinweisen. Der zur Zeit vorliegende Vertragsentwurf wird der Ernsthaftigkeit der Klimakrise nicht gerecht und besteht den 350-ppm-Test nicht.

Weltweit fanden an diesem Tag Aktionen unter dem Motto "350ppm" statt.

In Erlangen wurde dankenswerterweise von Susanne und Stefan Jessenberger ein Infostand auf dem Hugenottenplatz und eine Flashmob-Aktion auf de Schlossplatz geplant und vorbereitet. Diese war ein voller Erfolg - dank vieler HelferInnen und vieler UnterstützerInnen, die über 400 Postkarten an Bundeskanzlerin Merkel unterzeichnet haben und über 200 Menschen, die die 350 Luftballons auf den Weg nach Kopenhagen geschickt haben.



Foto: © Beautifulmind Photography

Der SPD-Kreisverband Erlangen hat die Aktion unterstützt und sich beteiligt. Wir haben für die Luftballons noch vorhandenes Gas und Ballonbänder zur Verfügung gestellt (Vielen Dank an dieser Stelle an Elena Geck, Katharina Ullmann sowie Gabi und Manfred Dorn-Dohmstreich!). An der Aktion nahmen neben weiteren GenossInnen auch die Stadträtlnnen Florian Janik, Barbara Pfister und Felizitas Traub-Eichhorn teil.

Altoberbürgermeister und Ehrenbürger Dr. Dietmar Hahlweg wird 75 Jahre

Am 31. Dezember 1934 in Jagdschütz/Schlesien geboren, wuchs Dietmar Hahlweg in Wunsiedel (Oberfranken) auf. Er studierte in Bonn, München und Erlangen Rechtswissenschaften. 1962/63 war er Fulbright-Stipendiat an der Pittsburgh-Universität. Sein inhaltlicher Schwerpunkt: Stadtplanung und Stadtsanierung. Von 1964 bis 1971 arbeitete er als juristischer Staatsbeamter am Landratsamt Erlangen.

Es war eine gute Entscheidung der Erlanger SPD, Dietmar Hahlweg 1971 als Oberbürgermeister-Kandidaten ins Rennen zu schicken. Bei dieser Wahl unterlag er dem seit 1959 amtierenden Oberbürgermeister Dr. Lades nur knapp – und das war mehr als ein Achtungserfolg für Hahlweg, wie sich ein Jahr später zeigen sollte.

Als nach der Gebietsreform durch die Eingemeindung von Dechsendorf, Frauenaurach, Kriegenbrunn, Hüttendorf, Eltersdorf und Tennenlohe die Bevölkerung Erlangens um über 10.000 neue Einwohner anstieg, war eine erneute Wahl notwendig. Diese fand gemeinsam mit der Stadtratswahl im Mai 1972 statt.

Für Dietmar Hahlweg als Oberbürgermeister votierten 56,4 % der Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Stadtratsfraktion errang mit 24 von 44 Sitzen die absolute Mehrheit im Rathaus.

In diesem Erlanger Wahlergebnis drückte sich auch die allgemeine Aufbruchstimmung in der damaligen Bundesrepublik aus: Die anstehende Bundestagswahl, Willy Brandts neue Ostpolitik und Forderung nach mehr Demokratie, die Wählerinitiativen, in denen sich Schriftsteller und andere Intellektuelle für die SPD engagierten, eine äußerst positive Grundstimmung für Veränderungen – all das war auch in Erlangen spürbar.

Dietmar Hahlweg hat diese Stimmung aufgegriffen und zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Themen im 72er-Wahlkampf gesetzt. Nach Jahren starken Bevölkerungswachstums waren eine Neuorientierung und andere kommunalpolitische Weichenstellungen dringend notwendig. Dietmar Hahlweg setzte besonders auf drei Themen: behutsames Wachstum, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger

sowie mehr öffentliche Einrichtungen in den Stadtteilen insbesondere für Kinder und Jugendliche.

"Behutsames Wachstum", das bedeutete vor allem ein Umsteuern in punkto Verkehrspolitik und Stadtplanung: Hahlweg forderte eine Abkehr von der Forderung nach der "autogerechten Stadt", er warnte vor Landschaftszersiedelung, die Bürgerinnen und Bürger sollten stärker als bisher an Planungen beteiligt werden. Der öffentliche Nahverkehr und vor allem der Fahrradverkehr sollten helfen, den Autoverkehr einzuschränken.

Eine Folge des stürmischen Wachstums in der 60er Jahren war auch der enorme Nachholbedarf an Spielplätzen, Freizeitanlagen, Kindergärten, Gemeinschaftseinrichtungen in den neuen

■ Von Heide Mattischeck
Mitglied des Bundestags
a D



Stadtteilen und Jugendtreffs. Insbesondere die vielen jungen, neu zugezogenen Familien fühlten sich durch die Pläne Hahlwegs, neue Einrichtungen zu schaffen, angesprochen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen Dietmar Hahlwegs als OB-Kandidat war der Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur bei der Stadtplanung, sondern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Diese drei Botschaften fielen offensichtlich bei den Erlangerinnen und Er-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Dezember und im Januar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

02.12.	Helmut Straub
	78 Jahre

05.12 Ute Missel 60 Jahre

06.12. Peter Wissmann 73 Jahre

07.12. Brigitte Wegner 60 Jahre

09.12. Maria Schmeets 83 Jahre

11.12. Dietmar Habermeier 72 Jahre

14.12. Werner Karr 72 Jahre

20.12. Werner Funk 81 Jahre

30.12. Erich Opel 73 Jahre

31.12. Dietmar Hahlweg 75 Jahre

31.12. Klaus Mattischeck 70 Jahre



01.01. Narendra Dev Paliwal 71 Jahre

05.01. Werner Fischer 79 Jahre

05.01. Christa Matern 60 Jahre

23.01. Karl-Heinz Lindner 60 Jahre

28.01. Liselotte Seitz 87 Jahre

31.01 Adolf Steinmüller 92 Jahre

langern auf fruchtbaren Boden. Die Bereitschaft zu Veränderungen war vorhanden, die Erwartungen entsprechend hoch.

Die Wahl 1972 war der Auftakt zu einer 24-jährigen Amtszeit, in der Dietmar Hahlweg als Oberbürgermeister die Stadt nachhaltig prägte und viele Erfolge für Erlangen erreichen konnte.

Seine Gedanken, Ideen und Visionen waren stets langfristig und auf Nachhaltigkeit angelegt. Und er wollte immer

möglichst viele Menschen bei der Realisierung beteiligen und sie auf dem Weg dahin mitnehmen. Es war ihm, als dem ersten Bürger der Stadt, wichtig, Ausgrenzungen und verletzende Konfrontation zu vermeiden. Das hat ihm oft die

Kritik, er neige zu stark zu Kompromissen, ja er würde "zögern und zaudern", eingebracht. Ich meine, Dietmar hat mit seiner Art ("his way") langfristig mehr erreicht als mit "Basta"-Politik.

Das hat ihn jedoch nicht davon abgehalten, gute Ideen spontan aufzugreifen und schnell und unkompliziert umzusetzen. Ein Besuch im Warschauer Lazienki-Park, wo am Chopin-Denkmal sonntäglich kostenlose Konzerte stattfinden, brachte Dietmar auf den Gedanken, dies könne man doch auch in Erlangen machen. Dies war die Geburtsstunde der Erlanger Schlossgarten-Konzerte.

Und ein Parkhaus am Kopenhagener Flughafen ist das Vorbild des Parkdecks am Parkplatz Innenstadt, das sich mit seiner Begrünung wohltuend von anderen Betonburgen abhebt.

Eine Eigenschaft Dietmar Hahlwegs, die ihn so erfolgreich sein ließ, ist sein ausgeprägtes Einfühlungsvermögen in die Situation anderer und sein Fingerspitzengefühl in besonderen, in kritischen Situationen. Ich durfte bei der ersten Kontaktaufnahme, bei der ersten Delegation 1983 in Wladimir dabei sein. In einer Zeit noch vor Glasnost und Perestroika hatten wir keinerlei Vorstellung, was uns dort erwartete. Es ist nicht zuletzt Dietmars sensibler Gesprächsführung zu verdanken, dass schon nach kurzer Zeit

eine beinahe herzliche Atmosphäre entstand.

Die Verdienste Dietmar Hahlwegs sind im Laufe seiner Amtszeit und auch danach mit vielen bedeutenden Auszeichnungen gewürdigt worden. Er ist Ritter der französischen Ehrenlegion, er hat den bayerischen Naturschutzpreis erhalten, 1993 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen, er trägt den Bayerischen Verdienstorden, er ist Ehrendoktor der Staatlichen Pädagogi-



schen Universität Wladimir und Ehrensenator der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Amte des Oberbürgermeisters im Jahre 1996 ist ihm in einer Festsitzung des garten mit seinen Kirchner-Plastiken zu besichtigen.

Dem kulturellen Leben hat er eine neue Qualität gegeben. Auf unser Theater können wir stolz sein, auf das Poetenfest, den Comic-Salon, das E-Werk, auf unser Erlanger "Wohnzimmer", die Schiffund die Theaterstraße.

Bleibende Spuren hat Dietmar Hahlweg auch beim Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt hinterlassen. Ortsbeiräte, Ausländerbeirat und Seniorenbeirat, auch der Mieterbeirat bei der Gewobau – diese Mitwirkungsmöglichkeiten sind Ausdruck praktizierter Demokratie und folgen dem Motto "Offen aus Tradition".

Dietmar Hahlweg ist auch 13 Jahre nach seinen Ausscheiden aus dem Amt des Oberbürgermeisters ein Teil des Erlanger Lebens. Er ist präsent, wenn er durch die Stadt radelt oder bei wichtigen offiziellen Anlässen ganz einfach dabei ist. Bei solchen Gelegenheiten spürt man, wie anerkannt und beliebt der Altoberbürgermeister bis heute ist.

Er hat es verstanden, mit allen Bevölkerungsteilen Kontakt zu halten. Respekt zollen ihm auch viele, die in der Sache eine andere Meinung vertreten.

Dass es im Spannungsverhältnis zwischen Oberbürgermeister, Fraktion und Partei auch hin und wieder Konflikte gab, muss nicht verschwiegen werden. Miteinander streiten hieß aber immer um die bestmöglichen Lösungen für die

Stadt Erlangen zu ringen –bisweilen hart in der Sache, aber immer fair im Umgang.

Die Erlanger SPD kann froh und stolz sein, mit Dietmar Hahlweg als Oberbürgermeister soviel Positives für die Stadt Erlangen erreicht zu haben.



Stadtrates die Ehrenbürgerwürde der Stadt Erlangen verliehen worden.

Dietmar Hahlweg hat das Gesicht unserer Stadt geprägt. Das ist zum Beispiel auf den Plätzen Erlangens – dem Neustädter und dem Altstädter Kirchenplatz, dem Bohlenplatz, dem Markt- und Schlossplatz –, aber auch im Burgberg-

Lieber Dietmar, wir gratulieren Dir zu deinem 75. Geburtstag. Wir wünschen Dir und Deiner Familie Glück und Gesundheit. Mische Dich auf Deine Art weiter ein!

Von ganzem Herzen alles Gute Heide Mattischeck

Marlene Rupprecht vertritt Erlangen im Bundestag

Nachdem der Bundestagswahlkreis Erlangen keine "eigene" SPD-Abgeordnete mehr hat, hat die Fürther Abgeordnete Marlene Rupprecht die Betreuung des Wahlkreises übernommen. Sie stellt sich mit diesem Brief vor.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich sehr, mich Euch als SPD-Betreuungsabgeordnete des Bundestagswahlkreises Erlangen vorstellen zu können. Nachdem das große Engagement von Martina Stamm-Fibich im zurückliegenden Wahlkampf diesmal leider nicht zu einem Platz im Deutschen Bundestag geführt hat, werde ich in den kommenden vier Jahren neben meinem eigenen Wahlkreis Fürth auch den Wahlkreis Erlangen betreuen.

Ich freue mich auf diese Aufgabe und darauf, gemeinsam mit Euch die SPD in Stadt und Landkreis vertreten zu dürfen!

Zunächst darf ich mich kurz vorstellen: Ich bin 61 Jahre alt und wohne mit meinem Mann und meiner Tochter in der kleinen Gemeinde Tuchenbach im Landkreis Fürth, gleich an der Landkreisgrenze zum Landkreis Erlangen-Höchstadt. Als Gründerin und Vorsitzende des Frauenhauses Fürth und Kuratoriumsvorsitzende des Deutschen Müttergenesungswerkes – Elly-Heuss-Knapp-Stiftung setze ich mich in meiner Freizeit seit vielen Jahren ehrenamtlich für die Belange von Frauen und Familien ein.

Bis zu meinem Einzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 1996 war ich 24 Jahre lang als Lehrerin an mehreren Grund-, Haupt- und Sondervolksschulen in Nürnberg und dem Landkreis Fürth tätig. Deshalb liegt mir in meiner Bundestagsarbeit vor allem auch das Wohl von Kindern und Jugendlichen besonders am Herzen. Als Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestags habe ich so an vielen großen und kleinen Verbesserungen zu Gunsten unserer Kinder und Jugendlichen mitwirken können.

Politik lebt vom Gespräch mit den Menschen

Als Kreisrätin im Landkreis Fürth sind mir die Kommunalpolitik und das Gespräch mit den Menschen vor Ort wichtig. Viele Menschen kommen auf mich zu, wenn sie politische Anregungen oder auch existenzielle Sorgen – vom ALGII-Bescheid bis zur Mutter-Kind-Kur – haben. Kommunale Anliegen zu unterstützen und den "gesunden Menschenverstand" in die Gesetzgebung einfließen zu lassen das ist mir ein großes Anliegen.

Ich bin der Bitte, den Wahlkreis Erlan-

gen zukünftig zu betreuen, sehr gerne nachgekommen, weil ich als "Nachbarin" sehr enge Verbindungen in die Stadt Erlangen und in den Landkreis Erlangen-Höchstadt habe. Dies nicht nur, weil ich nur wenige Kilometer von der Landkreisgrenze entfernt wohne, sondern auch, weil unsere Region in Sachen Verkehr und Wirtschaft, aber auch bei vielen sozialen Einrichtungen

und Bildungsangeboten schon lange zusammengewachsen ist.



Als ich im Herbst 1996 für Peter Glotz in den Deutschen Bundestag nachgerückt bin, habe ich zwar meinen Beruf als Lehrerin hinter mir gelassen, aber die Erlebnisse mit den Kindern und Jugendlichen in den Haupt- und Sondervolksschulen unserer Region sind für mich ein Schatz, aus dem ich im politischen Alltag schöpfen kann.

Noch heute gehören Besuche an Schulen und Diskussionen mit Kindern und Jugendlichen zu den "Lieblingsterminen" in meinem Kalender. Dort stelle ich jungen Menschen stets eine Frage, die mich heute so intensiv beschäftigt wie am ersten Tag im Bundestag: In welcher Gesellschaft wollen wir morgen leben?

Wollen wir die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Sprunghaftigkeit und der Brutalität der Märkte überlassen oder wollen wir die gesellschaftliche Gestaltungshoheit wieder zurück in die Politik holen und den sozialdemokratischen Begriff der Solidarität, des Einstehens füreinander zu Gunsten einer fairen Balance zwischen Alt und Jung, zwischen

Wohlhabenden und weniger Begüterten mit neuem Leben erfüllen?

Gerade vor dem Hintergrund komplexer Zusammenhänge müssen wir die gefundenen Lösungen immer wieder daraufhin überprüfen, ob sie dem Ziel eines sozialen Gesellschaftsbegriffs entsprechen, der Chancen schafft für alle Menschen und

> keine Bevölkerungsgruppe zurück lässt.

Mit ganzer Kraft werde ich mich auch im neuen Deutschen Bundestag für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzen, die menschlichen Fortschritt, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger trotz der Krise nicht aus dem Auge verliert.

Politik ist nicht nur das "Geschäft" von gut 600 Abgeordneten: Gute Lösungen können nur gefunden werden können, wenn sich möglichst viele der rund 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger einmischen.

Mit meinem Team im Wahlkreisbüro möchte ich Euch dazu ein attraktives Angebot für die politische Bildung anbieten, z.B. Besucherfahrten nach Berlin, Gruppenbesuche im Bundestag, Besuche in Schulen, Bundestagsstipendien oder Bürgeranfragen.

Hierbei baue ich auf den persönlichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Bundestagswahlkreis und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Genossinnen und Genossen im SPD-Unterbezirk Erlangen!

Eure Marlene Rupprecht, MdB

PS: Nähere Informationen findet Ihr unter www.marlene-rupprecht.de Für individuelle Fragen steht Euch gerne das Team meines Wahlkreisbüros unter Tel. 0911/7568362 oder Email: marlene. rupprecht@wk.bundestag.de gerne zur Verfügung.



Vorwärts und nicht vergessen 100 Jahre SPD-Stadtratsfraktion

Ein seltenes Jubiläum konnte unsere Stadtratsfraktion feiern: Im Jahr 2009 ist es genau 100 Jahre her, dass die ersten Sozialdemokraten in den Erlanger Stadtrat einzogen und eine Fraktion bildeten.

Dieses Jubiläum feierte die Stadtratsfraktion mit einem Festakt Ende November. In Anwesenheit vieler ehemaliger und aktueller Stadtratsmitglieder und des Altoberbürgermeisters Dietmar Hahlweg beleuchtete Norbert Fuchs im Festvortrag die ersten 50 Jahre der SPD-Stadtratsfraktion (den Vortrag dokumentieren wir auf den folgenden Seiten). Umrahmt wurde die Veranstaltung vom Gewerkschaftschor "Aufbruch". Für die Stadt Erlangen sprach Oberbürgermeister Siegfried Balleis ein Gruß-



Die anwesenden aktiven und ehemaligen Stadträtinnen und Stadträte der SPD mit Oberbürgermeister Siegfried Balleis und Altoberbürgermeister Dietmar Hahlweg (alle Fotos auf dieser und den folgenden Seiten: Günter Laurer)





100 Jahre Sozialdemokratie im Erlanger Rathaus Die ersten 50 Jahre

Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um den Text des Vortrags, den Norbert Fuchs bei der Veranstaltung "Vorwärts und nicht vergessen" der SPD-Stadtratsfraktion gehalten hat, ohne Quellenangaben und Illustrationen und leicht gekürzt.

1909 – vor 100 Jahren im Januar – zogen die ersten Sozialdemokraten als Vertreter der Erlanger Bürgerschaft ins Rathaus ein. Die Wahl hatte im November stattgefunden. Die ersten sozialdemokratischen "Stadträte" waren in der Reihenfolge ihrer Stimmenergebnisse: Anton Hammerbacher, Andreas Ruppenstein, Johann Ballwieser, Peter Winkler. Damit begann die 100 jährige Geschichte der SPD-Fraktion, der heute ältesten Rathauspartei. Das folgende Thema ist

allerdings zunächst der Kommunalpolitik gegenüber der Landes- und vor allem Reichspolitik nur geringe Bedeutung zu.

Der Hauptgrund aber ist die damalige Organisation der kommunalen Selbstverwaltung und vor allem das damalige kommunale Wahlrecht. Die Bürger wählten das sogenannte Kollegium der Gemeindebevollmächtigten – in Erlangen waren dies 36 – und diese wählten dann den Magistrat. Alle drei Jahre fanden Wahlen zum Kollegium der Gemeindebevollmächtigten statt. Dabei wurde jeweils nur ein Drittel der Mitglieder neu gewählt, diese dann auf 9 Jahre.

Aber nicht alle Einwohner Erlangens durften wählen. Das seit 1869 geltende bayerische Gemeindewahlrecht war ein Zensuswahlrecht schärfster Ausprägung. Es diente zur Absicherung der bürgerli-

> chen Herrschaft in den Rathäusern. Wahlberechtigt war, wer das Bürgerrecht besaß, das zur Voraussetzung den Erwerb des Heimatrechts hatte. Beides war gebunden an die Errichtung hoher Gebühren. 1905 hatte Erlangen 23.737 Einwohner. Bürger-

recht und somit Wahlrecht hatten aber nur 1.403 Personen, das sind nicht einmal 6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Obwohl von den 920 Personen, die zur Wahl gingen, 336 den Sozialdemokraten ihre Stimme gaben, d.h. 36,5 Prozent, gewannen wegen des Mehrheitswahlrechts die vereinigten liberalen Gruppierungen alle zu bestimmenden 12 Sitze. Das geltende Wahlrecht führte zum Ausschluss der Mehrheit der Bevölkerung von der politischen Verantwortung für ihre Stadt. Das betraf die Frauen. Das galt für die Arbeiter.

Um den Genossen die Teilnahme an den Gemeindewahlen zu ermöglichen, schuf die SPD einen Sparverein für die hohen Gebühren für das Heimatrecht und das Bürgerrecht. Allerdings reichte das bei dem geltenden Wahlrecht nicht Von Dr. Norbert Fuchs
Historiker, ehemaliger
Stadtrat



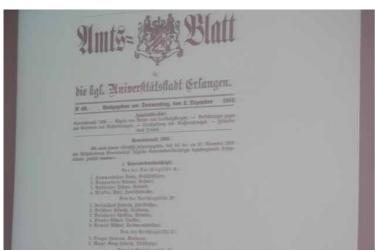
aus, um die eigenen Kandidaten durchzubringen. Erst eine Wahlrechtsänderung, die 1908 statt der Mehrheitswahl die Verhältniswahl einführte, brachte für die Sozialdemokratie den erhofften Erfolg. Bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung von 88 Prozent konnte die SPD 4 Sitze erringen.

Bis 1914, bis zum Ersten Weltkrieg konnte die SPD kontinuierlich ihre Sitzzahl erhöhen, so dass Anfang 1915 von 36 Gemeindebevollmächtigten 24 den Liberalen und 12 der Sozialdemokratie angehörten. Bei den Magistratsräten sah das Verhältnis dann ebenfalls so aus: von 12 Magistratsräten waren 8 Liberale und 4 Sozialdemokraten, und zwar Andreas Ruppenstein, Anton Hammerbacher, Paul Ritzer und Hans Frank.

Die SPD-Fraktion im Kaiserreich

Ich habe den ersten Teil mit dem Wahlrecht begonnen, und so überrascht nicht, dass einer der ersten Anträge der SPD-Vertreter auf die Demokratisierung der Wahlen, auf die Streichung der Bürgerrechtsgebühr zielte. Aber auch der Antrag auf Abhaltung der Gemeindewahlen an Sonntagen, um den sozialdemokratischen Mitgliedern die Teilnahme an der Wahl zu erleichtern, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Themen der Sozialdemokraten waren von Anfang an: das Bildungswesen, das Wohnungswesen und selbstverständlich für die SPD als Arbeiterpartei die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung. Durch den Einfluss der sozialdemokratischen Vertreter war es bereits 1909 möglich, eine städtische Arbeitslosenversicherung einzurichten – als erste Stadt in Bayern, wie es in den Quellen heißt. Bei dem Thema eines städtischen Engagements im Wohnungsbau angesichts der ausgesprochen dramatischen Wohnungsnot für die ärmeren Schichten konnten sich die sozialdemokratischen Stadträte allerdings nicht durchsetzen. Deshalb gründete dann Hammerbacher 1910 eine eigene Baugenossenschaft. Die



die erste Hälfte dieses Zeitraums, also die ersten 50 Jahre.

Dass erst 39 Jahre vergehen mussten seit der Gründung der SPD 1870 in Erlangen, bis der erste rote Volksvertreter in einem kommunalen Parlament saß, hat verschiedene Gründe: Zunächst sollten wir uns erinnern, dass die Sozialdemokratie durch das zwölfjährige Sozialistengesetz von 1878 bis 1890 im monarchischen Staat als Partei mit ihrer Organisation verboten war, dass auch danach im Kaiserreich die Sozialdemokratie zwar offiziell geduldet, aber weiterhin von der Polizei, heute würde man sagen "vom Verfassungsschutz", argwöhnisch überwacht wurde, also keineswegs akzeptiert war. Schon gar nicht wollte man ihr politische Verantwortung zugestehen. Zum anderen maßen die Sozialdemokraten Reform des Schulwesens war schon früh ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik, vor allem die Forderung nach der Simultanschule, der Gemeinschaftsschule für alle Kinder gleich welcher Konfession, wobei es damals um die Befreiung von der geistlichen Schulaufsicht ging, aber auch um den kostenlosen Besuch, denn Schulgeld (heute geht es um Semestergebühren) empfand man als eine "Steuer auf die Armut".

Die meisten Anträge aus den Reihen der SPD wurden von der überwältigenden bürgerlichen Mehrheit während der gesamten Kaiserzeit abgelehnt. Die SPD ließ sich aber trotz dieser Frustrationen nicht entmutigen und ihre Mitglieder empfanden sich, wie es in einem Flugblatt zur Wahl von 1911 heißt, als "Hechte" im bürgerlichen "Karpfenteich",

SPD-Fraktion in der ersten Republik

Im Juni 1919 fanden die ersten Stadtratswahlen nach dem 1. Weltkrieg statt, unter einem veränderten Wahlrecht. Die kommunale Neuordnung hatte das Zweikammersystem aufgehoben, an dessen Stelle ein einheitliches Vertretungsorgan in Erlangen mit 30 Mitgliedern trat, gewählt auf 5 Jahre. Jeder Wähler hatte bei dieser ersten Stadtratswahl in der neuen Republik nur eine Stimme, die er einer Liste geben musste.

Die Liberalen sahen ihre bisherige absolute Mehrheit im Magistrat und im Gemeindekollegium in Gefahr und schlossen sich als DVP/DDP und Mittelpartei (so nannte sich die DNVP in Bayern) mit der erstmals kandidierenden BVP in gemeinsamer Frontstellung gegen die Sozialdemokratie zusammen. Die Sozialdemokratie selbst hatte sich aber im Krieg und wegen des Krieges gespalten und musste durch das Auftreten der USPD mit einer eigenen Liste eine Spaltung ihrer Stammwähler befürchten,

was dann auch eintrat. Die SPD kam bei der Wahl auf 36,9 Prozent und die USPD auf über 10 Prozent. Die Fraktion umfasste 11 Mandate (von 30), was eher enttäuschend für die Partei war. Denn man hatte durch die Aufstellung einer sozial breiten Liste versucht, das Image einer rei-

nen Klassenpartei abzulegen. So kandidierten zwar 24 Arbeiter, aber nur fünf standen auf aussichtsreichen Plätzen. Diese wurden dann auch gewählt, dazu Gewerkschaftsangestellte, Beamte, ein Selbständiger und ein Lehrer der erste sozialdemokratische Lehrer im Erlanger

Stadtrat. Man wird mir nachsehen, dass ich auch seinen Namen nenne. Es war der Volksschullehrer Ludwig Eberth. Was wurde er dann in der Fraktion? Die alten Partei-Hasen können sich sicher das vorstellen: Welches Amt bekommt ein Lehrer: Schriftführer der Fraktion.

Wesentlich war eine andere Neuerung: Die Frauen durften erstmals bei einer Kommunalwahl wählen und auch

gewählt werden. Die erste Frau in der Fraktion war die Weberin Margarete Dressel. Sie und die Volksschullehrerin Elise Späth für die DDP waren die ersten Stadträtinnen in Erlangen.

Wie schwer es für Frauen war, Familie, Beruf und politisches Engagement zu verbin-

den, zeigt die Tatsache, dass Margarete Dressel bereits zwei Jahre später aus dem Stadtrat ausschied. Ihr Rücktrittsgesuch nennt die Gründe:

"Durch meine nunmehr veränderten Familienverhältnisse kann ich die notwendige Zeit nicht mehr aufbringen. (...) Meine älteste Tochter, die bislang zu Hause war und mir den Haushalt versorgte, ist in eine Lehrstelle getreten, um das Nähen zu erlernen. Einerseits ist mir meine Stütze im Haushalt ge-

nommen und andererseits bin ich infolge der fortgesetzten teuren Lebenshaltung gezwungen, wieder in Arbeit zu gehen."

Margarete Dressel blieb die einzige SPD-Stadträtin während der Weimarer Republik.



Während der gesamten Zeit der Weimarer Republik hatte die Partei nie die Mehrheit im Stadtrat, aber sie war die größte Fraktion und erreichte um die 45 Prozent bei den Wahlen. Deshalb war die Erlanger Kommunalpolitik wesentlich von sozialdemokratischen Vorstellungen und Initiativen geprägt. So das Thema Stadtentwicklung mit den neuen Möglichkeiten durch die Eingemeindungen von Sieglitzhof, Alterlangen, Büchenbach und Bruck. Damals waren die Konservativen und viele Liberale dagegen. Sie befürchteten, dass die Eingemeindungen der Stadt nichts weiter bringen als zusätzliche SPD-Wähler. Die Forcierung des Wohnungsbaus ist ebenso hervorzuheben wie große Kanalisationsprojekte, die zu Anfang der 20er als Notstandsarbeiten (heute würde man dazu Konjunkturprogramme sagen) durchgeführt wurden. Wichtig auch die Modernisierung des Schlachthofs oder die Renovierung des Redoutensaals. Als besonders nachhaltige Entscheidung kann hervorgehoben werden, dass die Stadt den Anschluss an das FÜW verweigerte und sich die eigene energiepolitische Handlungsmöglichkeit erhalten hat.

Das Ende der Demokratie in der Kommune: Die Gleichschaltung des Stadtrats 1933

1929 fand die letzte Stadtratswahl unter normalen demokratischen Verhältnissen statt. Im 30-köpfigen Stadtrat hatte die SPD 14 Sitze und die KPD 1 Sitz. 1932 trat der KPD-Stadtrat Erhard zur SPD-Fraktion über, um damit den Zusammenhalt gegen die Faschisten Wirklichkeit

werden zu lassen. Aber bereits im nächsten Jahr kam es nach der Reichskanzlerschaft Hitlers und der Annahme des Ermächtigungsgesetzes aller Parteien mit Ausnahme der SPD (die KPD war bereits verboten) innerhalb weniger Monate zur Machtübernahme der Nazis auch im Erlanger Rathaus. Dabei war dies eine Entmachtung von oben und nicht ein "Andie-Macht-kommen" durch demokratische Wahlen.

Die Gleichschaltung der Länder löste auch die gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften auf. Das Gesetz vom 31. März 1933 bestimmte eine Neubildung "nach der Zahl der gültigen Stimmen, die bei der Wahl zum Deutschen Reichstag am 5. März 1933 abgegeben worden sind." Das Stadtratsgremium wurde im April auf 20 reduziert und neu besetzt. Das geschah durch ein Gremium, das sich "Wahlausschuss" nannte. Die Parteien mussten sogenannte "Wahlvorschläge" einreichen. Dies hat wohl manche Autoren dazu verführt, von einer "Wahl" zum Stadtrat 1933 zu sprechen, die aber nie stattfand. Es sollte lediglich nach außen so aussehen. Bei der Umrechnung traten die DVP und der Christlich-Soziale-Volksdienst und die Kampffront Schwarz-weiß-rot (2) gemeinsam mit der NSDAP (9) an und erhielten 11 Sitze. Die BVP erhielt 2 Sitze und die SPD 7 Sitze. Im März 1933 traten dann auch der OB Flierl und der Rechtsrat Ohly der NSDAP bei.

Bereits im März wurden zahlreiche führende Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet, in sogenannte "Schutzhaft" genommen, was tatsächlich Nazi-Willkür bedeutete. In Erlangen waren dies zum Beispiel Michael Poeschke oder Josef Hartmann, dazu SPD-Stadträte wie Kränzlein, Schalk und Schoch.

Die Umstände ließen auch Gewalt gegen die übriggebliebenen sozialdemokratischen Stadträte befürchten. Deshalb blieben sie auch der ersten Sitzung des neuen Gremiums am 27. April fern. Der Kreisleiter der NSDAP Groß wurde in dieser Sitzung zum 2. Bürgermeister gewählt – das war auch der einzige Tagesordnungspunkt –, mit den Stimmen der anwesenden Nazis, der Deutsch-Nationalen und der beiden von der BVP.

Bemerkenswert dabei ist, dass Michael Poeschke und Simon Schönberger zu dieser Zeit in sogenannter Schutzhaft im Gefängnis in Windsheim saßen. Dorthin wurde auch die Einladung zur Stadtratssitzung geschickt, wie es sich für eine gute Verwaltung gehört. Beide richteten

dann auch ein Entschuldigungsschreiben für ihr Fernbleiben aus der Haft an den Oberbürgermeister Flierl. Die Briefe zeigen, wie hilflos die Sozialdemokratie der offen ausgetragenen Gewalt gegenüber stand und wie verzweifelt immer noch nach einem legalen Ausweg gesucht wurde. Der Wortlaut des Schreibens:

"Der Einladung zur Sitzung können die unterzeichneten Mitglieder keine Folge leisten, weil sie, wie amtsbekannt ist. sich in Schutzhaft befinden.

Wir wünschen den übrigen Mitgliedern des Stadtrats zu ihrer Arbeit

für unsere Stadt das Beste und bitten Sie, Herr Oberbürgermeister, uns für die Dauer der Schutzhaft, bei den Sitzungen des Stadtrats entschuldigen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst Michael Poeschke, Simon Schönberger."

Dies lässt einmal die Illusion erahnen, von der viele Sozialdemokraten überzeugt waren: Dass der Nazi-Spuk rasch beendet wäre. Dies zeigt auch das Festhalten an legalen, rechtsstaatlichen Mitteln gegenüber einem Gegner, der mit pseudo-legalen Maßnahmen den Rechtsstaat in sein Gegenteil verkehrte.

Im Mai legten die SPD-Stadträte in einer gemeinsamen Aktion ihr Mandat

nieder, aus "Gesundheitsgründen" wie es in den gleichlautenden Schreiben heißt. Im Juni erließ das bayerische Staatsministerium des Innern dann eine Entschließung, die Fernhaltung der Sozialdemokraten von den Sitzungen betreffend, um ihnen auch ja jegliche Mitarbeit unmöglich zu machen. Im amtlichen Schreiben heißt es, dass sie zu ihrem eigenen Schutz der Sitzung fernbleiben sollten, da der Hass der national gesinnten Bevölkerung ihre Sicherheit gefährdet sein ließ, nachdem die Reichs-SPD ihren Sitz nach Prag verlegt habe.

Mit einer Verordnung des Reichsmini-

sters des Innern vom Juli 1933 wurde dann die Sitzzuteilung an die SPD auch offiziell unwirksam. Ab 20. Juli bestand der Erlanger Stadtrat nur noch aus 11 Mitgliedern, die alle in der nationalsozialistischen Fraktion zusammengeschlossen waren, da die beiden Vertreter der "Kampffront schwarzweiß-rot" sich den Nazis angeschlossen und die beiden BVPler ihr Mandat zurückgegeben hatten. Der Erlanger Stadtrat mit den jetzt so genannten "Ratsherren" verkam zu einem bloßen Zustimmungsorgan. Er war vollkommen unwichtig; nicht einmal mehr als Fassade wurde er gebraucht.

Neubeginn kommunaler Demokratie Kommunalwahlen nach dem 2. Weltkrieg

Nach Ende des Krieges setzten die Amerikaner zunächst einen "Beirat" ein aus unbelasteten Personen verschiedener politischer Richtungen. Im Dezember 1945 erließ die Militärregierung für Bayern eine Gemeindeordnung, in der auch die Wahl für die Gemeindevertreter geregelt wurde, die dann im Mai 1946 stattfand. Es galt eine reine Listenwahl; jeder Wähler hatte nur eine Stimme.

Das Wahlergebnis war für die SPD phänomenal. Zum ersten Mal in ihrer kommunalpolitischen Geschichte erreichte sie über 50 Prozent, was sich dann auch im Stadtrat mit der absoluten Mehrheit an Sitzen niederschlug. Man könnte diesen historischen Wahlerfolg der SPD dahin deuten, dass die Bevölke-

rung von Erlangen begriffen hatte, dass nur die Linke wirklichen Widerstand gegen das verbrecherische Nazi-Regime geleistet hatte, und deshalb dieser politischen Richtung auch am ehesten die Zukunft Erlangens anvertrauen wollte. Aber ein Blick auf die nächsten Wahlen nur zwei Jahre später, es gab mittlerweile einen gewählten Landtag, eine neue bayerische Verfassung, lässt andere Rückschlüsse auf die Gründe für das Wahlergebnis von 1946 zu:

Wahljahr 1946 1948 Bevölkerung Erlangens 44.339 45.278 Wahlberechtigte 18.608 24.452

Obwohl die Bevölkerung nur um 900 zugenommen hatte, war die Zahl der Wahlberechtigten um fast 6.000 gestiegen. Was war die Ursache dafür? 1946 durften nicht alle Erlanger wählen. 1946 waren die ehemaligen Nazis von der Wahl ausgeschlossen: Alle, die vor 1937 in die Partei eingetreten waren, und alle, die irgendein Amt in der Partei oder in den NS-Organisationen innehatten. Zur Feststellung der wahlberechtigten Personen wurden Fragebogen an alle über 21 Jahre alten Personen ausgegeben. Um auch alle zu erreichen, wurde die Ausgabe der Fragebogen verknüpft mit der Ausgabe der neuen Lebensmittelmarken. Danach wurde entschieden, ob jemand zur Wahl gehen durfte oder nicht. Interessant sind die Einsprüche gegen den Ausschluss von der Wahl; da findet sich manch prominenter Erlanger Bürger wieder. Vor diesem Hintergrund erklärt sich das Ergebnis von über 50 Prozent für die SPD. Somit bleibt die absolute Mehrheit der SPD im Stadtrat von 1972 ein singuläres historisches Ereignis.

Wie angespannt die Lage in diesen Jahren durch die Rationierung der Lebensmittel war, lässt sich allein daraus entnehmen, dass die städtischen Bediensteten für ihren Einsatz bei der Stadtratswahl nicht nur 2 Tage frei bekamen, sondern, was für sie wohl noch wichtiger war, pro Einsatztag Sonderzulagen erhielten, nämlich 50 Gramm Käse und 100 Gramm Brot.

Die SPD-Fraktion in den 50ern

Man könnte diese Zeitspanne auch die "Ära Poeschke" nennen. Die herausragenden Leistungen von Poeschke sind in diesem Jahr bereits anlässlich der Gedenkfeiern zu seinem 50. Todestag ausführlich gewürdigt worden. Nochmals sei betont, dass eines der Hauptverdienste

ist, Siemens in Erlangen sozusagen eine dritte Heimat gegeben zu haben gegen Widerstände im Stadtrat und bei Siemens. Denn es war einige Zeit nicht völlig klar, ob die Aufnahme der Berliner 1945 in Erlangen von Dauer sein würde. Poeschke kommentierte dies einmal so, dass die SPD zwar den wesentlichen Verdienst an der Ansiedlung des Hauses Siemens in Erlangen habe, diese historische Tat habe aber auch eine politische "Kehrseite", denn ein großer Teil der SSW-Bürger würde nicht die SPD, sondern bürgerliche Parteien wählen. Und in weiser Voraussicht prophezeite er: "Die Masse der

Siemens-Wähler wird ein unberechenbarer Faktor im politischen Leben Erlangens bleiben." – eine Erfahrung, die mancher Wahlkampfleiter später nur bestätigen konnte.

Man könnte diese Zeitspanne der 50er auch nennen "Kommunalpolitik im Kalten Krieg". Dies verweist einmal darauf, dass auch bei den Kommunalwahlen bundespolitische Themen eine große Rolle spielten, wie z.B. die deutsche Einheit, die gewollte oder auch nicht gewünschte Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, und vor allem die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Dies verweist aber auch darauf, dass in den 50ern verbaler Krieg zwischen den Parteien und Fraktionen herrschte. So ver-

teilte die FDP bei Wahlen Flugblätter mit der Schlagzeile "Roter Terror in Erlangen". Poeschke sprach seinerseits bezüglich der FDP, dass jetzt dort die Hitlerjungen das Sagen hätten. Da ging es verbal zur Sache.

Da hier doch amtierender und ehemaliger Oberbürgermeister und ehemalige Bürgermeisterinnen anwesend sind, soll auf die Wahlen der letzteren nach 1945 eingegangen werden. Diese Wahlen zeigen nämlich etwas von der Atmosphäre zwischen den Fraktionen.

Klar war von Anfang an, dass Hammerbacher zunächst OB werden sollte,

> Poeschke wiederum Vorsitzender der SPD und nach einer Einarbeitungszeit in die Verwaltung dann selbst OB werden sollte. Im Herbst 1946 kam es dann auch zum personellen Wechsel. Diese Wahlen nahm noch der Stadtrat selbst vor. Die CSU war gegen Poeschke und forderte - wie es in der Weimarer Republik der Fall gewesen war - einen Volljuristen an der Spitze der Stadt, fand aber dafür keine Mehrheit.

> Die SPD rächte sich dann später bei der Wahl des Bürgermeisters. Der CSU wurde von den Sozialdemokraten diese Position angeboten, aber mit der Bedingung, dass dies nun ein Jurist sein müsse. Da die CSU einen solchen nicht zu benennen vermochte, wurde die Wahl eines Bürgermeisters ver-

schoben und schließlich ganz unterlas-

Nach der Wahl 1948 wurde Michael Poeschke mit 22 Stimmen des Stadtrats wieder zum Oberbürgermeister gewählt. Nach gutem demokratischem Brauch wurde nun der damaligen zweitstärksten Partei, der FDP, die Nominierung des 2. Bürgermeisters überlassen. In der folgenden Wahl erhielt Fritz Prütting (FDP) dann auch 19 Stimmen. Allerdings kam es im nächsten Jahr zu einigem Wirbel im Stadtrat. Bürgermeister Prütting wurde wegen Verstoßes gegen das Bewirtschaftungsgesetz (Schwarzhandel mit Bienenhonig als Bäckermeister) verurteilt und musste zurücktreten. Nach einigem Hin und Her wurde schließlich mit 20 von 21 gültigen Stimmen Anna Pirson von der FDP gewählt, die erste Frau als Bürgermeisterin in Erlangen, aber auch erst, als sie von der Spruchkammer in der Berufung, in der zweiten Instanz, gerade so entlastet worden war; was die Bedingung der SPD gewesen war.

Seit 1952 wurde der Oberbürgermeister von der Bevölkerung gewählt. Die Amtszeit betrug nun 6 Jahre. 1952 hatte Poeschke einen Gegenkandidaten, Adam Heckel von der KPD. Im Vorfeld hatte es im bürgerlichen Lager Bestrebungen gegeben, den ehemaligen OB Flierl als Gegenkandidaten zu nominieren, selbst Ohly war dafür im Gespräch. Die SPD kommentierte Flierl als eine Person, die "mit wehenden Fahnen ins Lager der Nazis übergeschwenkt war, um in Amt und Würden bleiben zu können"; Ohly bezeichnete man als "Trabanten des Nazi-OB und Kreisleiters Groß". Poeschke gewann die Wahl haushoch und das Erlanger Volksblatt frohlockte über die "gelackmeierten Konspiranten".Die SPD gewann ebenfalls dazu, indem sie von den mittlerweile 42 Stadträten 19 Sitze errang.

Im Rathaus wurde eine Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der SPD und CSU (7 Sitze) vereinbart und deshalb Herding, pensionierter Studienprofessor und CSU-Fraktionsvorsitzender, zum Bürgermeister gewählt, mit den Zuständigkeiten für Schule und Kultur. Doch diese Koalition hielt nur bis zum Sommer 1955. Einer der Hauptgründe war ein altes sozialdemokratisches Ziel: die Gemeinschaftsschule oder Simultanschule. Peter Zink ging bei der Verfolgung dieses Zieles unkonventionelle Wege und nahm für eine Besprechung bei der Regierung eine Übersichtstafel der Loschgeschule mit, trotz Widerstand von Hausmeister und Schulleitung. Dem Schulreferenten Herding wurde dies gemeldet und die ganze Sache von der CSU weidlich öffentlich ausgeschlachtet. Es gab Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden.

Nach der Stadtratswahl 1956 hatten sich zur Wahl des Bürgermeisters alle nicht-sozialdemokratischen Parteien und Gruppen auf die gemeinsame Wahl der CSU-Stadträtin Brendel geeinigt. Bei der geheimen Wahl stellte sich dann zu aller Überraschung heraus, dass für Brendel nur 19 Stimmen, für den FDP-Stadtrat und Vorsitzenden Mohr aber 23 Stimmen abgegeben worden waren. Hinter den Kulissen hatten Poeschke und die SPD-Fraktion ihn und einige FDP-Stadträte für diesen Coup gewonnen. Die Empörung der anderen Parteien war riesengroß über dieses Komplott.

Vielleicht hat tatsächlich dieses Ereignis die bürgerlichen Parteien enger zusammengebracht, auch wenn sie bei der Wahl des Oberbürgermeisters mit ihrem neuen Kandidaten 1958 noch unterlagen. Aber bei der durch den plötzlichen Tod von Poeschke 1959 notwendig gewordenen erneuten Wahl gewann dann Heinrich Lades. Bei der Stadtratswahl 1960 gingen dann auch CSU, FDP und BHE eine Listenverbindung ein und die SPD verlor einen Sitz, hatte jetzt 18 Stadträte, kam aber immer noch auf über 40 Prozent. Der nicht mehr kandidierende Fraktionsvorsitzende Walter Zieten konnte den Leitartikel der Wahlzeitung von 1960 mit Recht betiteln: "Sozialdemokraten seit 1945 erfolgreich im Stadtrat".

Mit der Kommunalwahl von 1960 bin ich fast am Schluss angelangt. Die ersten 50 der 100 Jahre Sozialdemokratie im Erlanger Rathaus war das Thema. Ich setze hier jetzt eine Zäsur aus verschiedenen Gründen:

- Seit 1960 gibt es das heute noch gültige Wahlsystem mit der sechsjährigen Legislaturperiode, dem Panaschieren und Kumulieren und der Direktwahl des OB. So ist die Geschichte der SPD-Fraktion auch eine Geschichte der Demokratisierung des Kommunalwahlrechts in Bayern.
- 2. Für die Erlanger Sozialdemokratie war es 1959 eine gewaltige Zäsur, zwar stärkste Fraktion zu bleiben, aber nicht mehr den OB zu stellen. Stärkste Fraktion blieb sie auch noch in den nächsten Jahrzehnten, bis der Erosionsprozess in der Fraktion selbst begann. Da haben wohl einige das Wort Fraktion, das eben bedeutet Bruchteil eines Parlaments, wörtlich genommen, nämlich lat. fractio, der Bruch, und selbigen mit der Fraktion vollzogen.
- 3. Aus der Zeit der letzten 50 Jahre gibt es noch viele aktiv beteiligte Zeitzeugen, die es besser wissen als

ich. Es hat sich auch bereits eine Projektgruppe gebildet, die diese Zeit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik aufarbeitet.

Lassen Sie mich deshalb zusammenfassend sagen: In den hundert Jahren, die seit dem ersten Einzug von Sozialdemokraten in das Erlanger Rathaus vergangen sind, haben die Erlanger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Entscheidendes zur Entwicklung Erlangens beigetragen und zur Wohlfahrt seiner Bürgerinnen und Bürger.

- Die Sozialdemokratie kämpfte zu allererst für die elementaren Bedürfnisse der arbeitenden Menschen in unserer Stadt, für die Sicherung der nackten Existenz, für ein Dach über dem Kopf, für erschwingliche Nahrungsmittel, für bessere sanitäre Einrichtungen, für soziale Hilfen. Die SPD bezog immer ihr Selbstverständnis auch daraus, die Partei der sozialen Kompetenz zu sein.
- Die Sozialdemokraten k\u00e4mpften f\u00fcr gleiche B\u00fcrgerrechte auch auf kommunaler Ebene schon in der Kaiserzeit.
- Die Sozialdemokraten rangen um soziale Gerechtigkeit in der Zeit der Weimarer Republik.
- Die Sozialdemokraten versuchten sich dem Faschismus in Erlangen entgegenzustemmen und unterlagen.
- Die Sozialdemokraten bestimmten maßgeblich die stürmische Entwicklung, die Erlangen seit den 50ern nahm.

Die Tatsache, dass es die SPD in dieser langen Zeit als einzige Partei nicht nötig hatte, ihren Namen zu ändern, um sich von Fehlern und Fehlentscheidungen ihrer Vertreter zu distanzieren, ebenso wie die Erinnerung an diejenigen, die während der Nazi-Diktatur Verfolgung, Haft und Folter für ihre Überzeugungen auf sich nehmen mussten, bedeuten eine Verpflichtung.

Die SPD-Fraktion kann mit Stolz auf ihre Geschichte zurückblicken und daraus hoffentlich auch Kraft schöpfen. Manchmal, gerade in schweren Zeiten, hilft die Besinnung auf die eigene Geschichte. Denn, um Hermann Glaser zu zitieren, "Zukunft braucht Herkunft".

Bildungsstreik 2009

Juso-Hochschulgruppe erklärt sich solidarisch mit den Streikenden

Die Juso-Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg unterstützt die Demonstrationen und Hochschul-Besetzungen zum bundesweiten Bildungsstreik 2009. Die Entwicklungen des heutigen Tages waren längst überfällig und absehbar. Ein stetig sinkendes Bildungsniveau bei gleichzeitig steigenden Bildungshürden müssen zwangsläufig zu Protesten führen.

"Die Studierenden müssen spätestens seit der Einführung der Bachelor-Master-Studiengänge mit teilweise katastrophalen Studienbedingungen zurecht kommen. Diplom-Stoff in Bachelor-Zeit, starre Stundenpläne, Studiengebühren, überfüllte Hörsäle, aussiebende Studienfristen und ausgrenzende NC Zulassungsverfahren sind Beispiele für das marode Hochschulsystem in Bayern, aber mit Blick in andere Unistädte auch für die ganze Republik!" erklärt Dominique Nou, Vorsitzender der Hochschulgruppe. "Wir fordern die Studierenden in den Hörsälen auf durchzuhalten und dieienigen außerhalb der besetzten Hörsäle, sich solidarisch ihren KommilitonInnen anzuschließen! Nur durch einen solidarischen, gemeinsamen und konstanten Protest, können die Interessen der Studierenden mit genug Nachdruck durchgesetzt werden."

"Es muss Schluss sein mit leeren Worten. Die Kanzlerin ruft die Bildungsrepublik aus, wir, die Studierenden, werden sie jetzt verwirklichen! Die bayerische Staatsregierung spricht vom Besten Bildungssystem in Deutschland, wir werden es zum Gerechtesten und damit zum wirklich "Besten" machen! Heute und in den nächsten Tagen wird sich zeigen, ob es die Verantwortlichen in München und Berlin ernst meinen. Der erste Schritt wäre die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft, welche unter der CSU in Bayern abgeschafft wurde! Nur sie ermöglicht eine eigenständige Verwaltung der Studierenden und eine demokratische Hochschule", fordert Nou.

Die Juso Hochschulgruppe war die erste Hochschulgruppe die sich heute solidarisch hinter die Besetzung des Audimax in Erlangen gestellt hat. Wir fordern Konvent und Sprecherrat dazu auf gleichzuziehen! Eine Nichtbeteiligung entspräche nicht ihrem Mandat.

Darüber hinaus fordern wir die Hochschulleitung auf mit den Studierenden in

Kontakt zu treten, ihre Anliegen ernst zu nehmen und sich auf allen Ebenen für ihre Interessen einzusetzen. Die VertreterInnen der Bundes- und Landesregierung fordern wir auf die notwendigen Reformen des Bildungssystems endlich anzupacken und die Studierenden dabei intensiv mit einzubeziehen.

Wir bitten die Bevölkerung, den Handel und alle BürgerInnen, die sich solidarisch an die Seite der Studierenden stellen wollen, die Proteste zu unterstützen. Die BesetzerInnen sind auf Hilfe von außen (Essen, Getränke, Material zum Arbeiten, Putzzeug, etc.) angewiesen und dafür sehr dankbar!

Solidarität mit den Streikenden!

Der Vorsitzende des Juso-Unterbezirks Erlangen, Andreas Richter, hat die nachfolgende Solidaritätserklärung im Audimax vor den streikenden Studierenden vorgetragen:

"Im Namen der Jusos in der SPD im Unterbezirk Erlangen überbringe ich die Unterstützung und Solidarität mit den streikenden Studierenden und den sich ebenfalls beteiligenden Schülerinnen und Schülern. Die Ziele der Proteste werden von uns voll und ganz unterstützt.

Die unsozialen und ausgrenzenden Studiengebühren in den CDU/CSU/FDP-regierten Ländern müssen abgeschafft werden, die katastrophalen Studienbedingungen durch die Bologna-Reform grundlegend verbessert werden und allgemein muss eine Bildungspolitik durchgesetzt werden, die den Interessen der Menschen und nicht denen der Wirtschaft dient.

Die schlechten Bedingungen treffen auch nicht nur die Studierenden und die Schülerinnen und Schüler. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand hier an der Uni weiß ich, was die ach so tolle Bologna-Reform an zusätzlichen Belastungen und unsinnigem bürokratischem Aufwand für uns Uni-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter bedeutet.

Ich kann Euch zudem mitteilen, dass auch der SPD-Kreisverband Erlangen die Proteste unterstützt und seine Solidarität erklärt hat. Die Besetzung des Audimax in Erlangen und die Besetzungen anderswo sind richtig! Nur so kann den Verantwortlichen klargemacht werden, dass sich etwas ändern muss."

Studenten sind weder Krawallmacher noch Faulenzer

Pressemitteilung von Angelika Weikert vom 18. November 2009

Die SPD-Landtagsabgeordnete Angelika Weikert fordert die Staatsregierung auf, die Vorschläge der Studenten zur bayerischen Bildungslandschaft aufzunehmen: "Die Aktivistinnen und Aktivisten sind keine Krawallmacher oder Faulenzer! In Workshops erarbeiten sie heute Vorschläge, wie die Situation an deutschen Hochschulen verbessert werden kann. Dies sollte die Staatsregierung ernst nehmen!"

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Anliegen der Studenten. Besonders die Kritik an der übereilten Umstellung der Studiengänge auf das Bachelor- und Mastersystem findet bei der SPD Gehör: "Im Zuge des Wettbewerbs um die jüngsten Absolventen in Europa wurden die Stundenpläne der Studenten derart überfrachtet, dass für eine persönliche Entfaltung der jungen Menschen kaum noch Zeit bleibt", erklärt Weikert. "Nebenjobs, Praktika und Auslandsaufenthalte prägen die Persönlichkeit und vermitteln Fähigkeiten, die man in einem Hörsaal nicht lernen kann. Wollen wir denn nur Theoretiker?", fragt die Abgeordnete.

Zudem könnten viele Studenten auf den Nebenjob gar nicht verzichten, da sie die Studiengebühren erwirtschaften müssen. "Nicht zuletzt diesen Druck müssen wir den jungen Leuten nehmen – Studiengebühren gehören abgeschafft!", fordert Weikert.

Wie weiter, SPD?

In den letzten Wochen hat die Diskussion, wohin sich die SPD entwickeln soll, breiten Raum im Kreisverband eingenommen. Mit drei Beiträgen soll die Debatte nun auch im Monatsspiegel aufgegriffen werden. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass weitere Genossinnen und Genossen in den nächsten Wochen ihren Beitrag zur Debatte leisten werden.

Unterhaken und nach vorne schreiten!

Das Ergebnis der Bundestagswahl war eine dramatische Niederlage für die SPD. Anders als eine "normale" Wahlniederlage hat sie uns nicht nur die Regierungsbeteiligung und sehr viele Mandate gekostet, sondern ein Fragezeichen hinter unseren altangestammten Platz in der politischen Landschaft gemalt. Sowohl hinsichtlich der Größe unserer Wählerschaft als auch der politischen und gesellschaftlichen Verortung unserer Partei ist der Erhalt der Stellung als Volkspartei keine Selbstverständlichkeit mehr. Es ist nun an uns, die Frage zu entscheiden und unseren Standort zu verteidigen.

1. Verhältnis zur Linkspartei

Nicht erst seit dieser Bundestagswahl müssen wir einsehen, dass unser Parteiensystem sich dauerhaft gewandelt hat. Die Linkspartei hat sich dauerhaft und deutschlandweit etabliert. Sie wird sich nicht einfach in Luft auflösen und verschwinden. Dies muss eine ehrliche Analyse und eine vernünftige Strategie berücksichtigen. Zum einen heißt das, dass die Wahlergebnisse der Bonner Republik nicht mehr die Messlatte für Erfolg oder Misserfolg sind. Die politische Landschaft ist (auf der Linken) differenzierter geworden und unser Kuchenstück dadurch kleiner.

Das Hauptziel muss eine linke Mehrheit unter Führung der SPD sein. Dies bedeutet, dass wir uns auch für Koalitionen mit der Linkspartei hergeben müssen. Auch wenn unter Rot-Grün teilweise der Eindruck entstanden sein mag, eine Koalition sei ein gemeinsames "Projekt", so haben wir spätestens unter Schwarz-Rot wieder der Realität ins Auge geblickt, dass eine Koalition meist keine Liebesheirat ist. Ich halte inhaltlich sehr, sehr wenig von der Linkspartei. Aber bevor wir dies vergessen: Ich bin auch kein CSU-Anhänger. Und dennoch bin ich bereit, mit beiden zu koalieren, wenn uns der Wähler denn keine eigene Mehrheit geben mag. Wieso die CSU nun anständiger oder ihre Politik weniger verfehlt sein soll, als die der Linkspartei erschließt sich mir nicht.

Von Dirk Goldenstein

stellvertretender Kreisvorsitzender



Ich denke, dass unsere negative Koalitionsaussage gegenüber Linkspartei mit zur Niederlage beigetragen hat. Wenn wir eine Volkspartei sein wollen und uns einen Kanzlerkandidaten gönnen, dann müssen wir auch den Willen zur Macht haben und eine realistische Alternative zur Merkel-Regierung anbieten. Nach dem Ausschluss eines Linksbündnisses, blieb Jamaika die einzig "realistische" Konstellation für eine Regierung unter SPD-Führung. Eine Partei, die sich selbst so sehr kastriert, wird – wie ich meine zu Recht - nicht als ernstzunehmender Bewerber im politischen Prozess wahrgenommen. So gut dieser Schritt taktisch begründet gewesen sein mag - im Ergebnis war er ein Fehler, den wir nicht mehr machen dürfen.

2. Verhältnis zur politischen Mitte

Nach dem Ergebnis der letzen Bundestagswahl gibt es – Koalitionsfragen hin oder her - schlicht und einfach keine Mehrheit für das linke Lager. Ohne eine Mehrheit des Rot-Rot-Grünen-Lagers wird es keine SPD-Regierung und mit ihr keine an sozialen und ökologischen Fragen ausgerichtete Politik für Deutschland geben. Das muss uns klar sein. Natürlich will ich so viele Prozente für die SPD wie nur möglich. Vor allem aber will ich, dass wir Politik aktiv und verantwortlich gestalten können. In der Opposition geht das nicht. Eine Mehrheit für das Reformlager wird es nur geben, wenn ausreichend viele Menschen, die letztes Mal Schwarz oder Gelb gewählt haben, eine Partei aus unserem Lager wählen. Das heißt konkret: Vor allem ist eine Mehrheit für das Reformlager wichtig. Das muss unser Hauptziel sein. Welche Partei dann genau wie viele Prozente hat und wie viele Minister und Staatssekretäre in einer Koalitionsregierung ernennen darf, ist eine eher untergeordnete Frage – ein Sekundärziel eben.

Für uns kommt es also entscheidend darauf an, die politische Mitte ans Reformlager anzubinden und erst in zweiter Linie, ob wir den Grünen und der Linkspartei den einen oder anderen Prozentpunkt abjagen können. Wir haben 1998 mit einem erklärten Werben um die (damals "neu" genannte) Mitte gewonnen. Je mehr wir diese Ausrichtung in den letzten Jahren in Frage gestellt haben, um so mehr haben an die Union und die FDP verloren. Die Realitätsverweigerer, die auf die zutiefst populistischen Parolen der Linkspartei hereinfallen, haben wir auch mit Agenda-Kritik nicht zurückgeholt und werden dies auch zukünftig nicht tun. Die Agenda-Verweigerung der Linken ist einfach echter als die unsere. Aber wir verprellen uns damit die Wähler, die sich in keinem Lager gebunden haben, sondern eine nach ihrer Wahrnehmung realistische und verlässlich Politik wünschen. Diese Wahl und die Regierungsbeteiligung haben wir nicht an der Linksfront verloren, sondern in der Mitte!

Die SPD darf den Kontakt zur politischen Mitte nicht abreißen lassen und zu einer kleinen Partei der "reinen Lehre" verkommen. Wir müssen eine Volkspartei bleiben und gezielt um die Menschen in der politischen Mitte werben.

3. Und in Erlangen?

Auch die Erlanger SPD ist von der Krise der SPD betroffen. Die Wahlergebnisse hier verschlechtern sich im Trend, in den Kommunalwahlen verlieren wir nun seit bald zwei Jahrzehnten Sitz um Sitz. Gerd Peters hat im letzten Monatsspiegel die geringe Attraktivität der KMVen angesprochen. Letztlich veranstalten wir seit vielen Jahren monatlich die gleiche KMV und "diskutieren" über die Agenda-Politik. Dies gleicht ein Bisschen dem Film "Und ewig grüßt das Murmeltier" – bloß weniger unterhaltsam. Hier sind wir alle - und insbesondere wir vom Vorstand aufgerufen, dafür zu sorgen, dass nicht in jeder KMV Grabenkämpfe ausgelöst und lang vergangene Themen "diskutiert" werden. Wir müssen das Einende betonen und wieder den Gegner angreifen! Hier muss insbesondere der Vorstand zukünftig erheblich stärker moderierend eingreifen. Auch ich vermisse mit Gerd Peters eine gemeinsame und offene Diskussion.

Bei allem Lob an Gerds Artikel muss ich aber betonen: Die Erlanger Mitte ist

auf den KMVen kaum in Erscheinung getreten. Es gab von dieser Seite keine Anträge, es wurde kein Öl ins Feuer gegossen. Es ist allerdings politisch nicht zumutbar, den Mund zu halten, wenn in an und für sich sinnvollen Anträgen im Nebensatz beißende Spitzen gegen die eigene Position enthalten sind – dies muss auch wirklich nicht sein. Die Mitte stand und steht für einen Dialog und ein echtes Miteinander bereit. Wir wissen, dass die Lage ernst ist und die Erlanger SPD

nur dann wieder zu Stärke kommen wird, wenn wir alle auf diesem Weg mitnehmen. Wir wissen, dass der Gegner nicht in der SPD steht.

Darum mein Appell: Lasst uns die Reihen schließen und uns am Gegner abarbeiten, statt aneinander. Wenn wir uns alle unterhaken und zusammen nach Vorne schreiten, dann können wir es schaffen, zu alter Stärke zurückzukehren! Glück auf!

Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen!

Über die Gründe für das desaströse Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl ist bereits viel ge-schrieben worden und so viele Analysen es gibt, so viele unterschiedliche Gründe werden genannt. Für mich ist sicher: Es gab nicht DAS eine Thema, das zu dem gewaltigen Stimmenverlust geführt hat, sondern es waren viele Faktoren. An diesen gilt es, in den kommenden Jahren zu arbeiten! Der Bundesparteitag in Dresden hat die ersten Signale ausgesendet: Wir haben kontrovers diskutiert, aber jeder, der gehofft hat, wir würden uns zerfleischen, ist enttäuscht worden! Wir stehen am Beginn eines Erneuerungsprozesses und wir werden ihn meistern!

Den Wählerwillen akzeptieren

Trotz des unermüdlichen Engagements der vielen Ehrenamtlichen, trotz des besseren Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und seines Kompetenzteams und trotz der stichhaltigen Antworten, die wir auf die Fragen unserer Zeit haben, haben die Wähler mehrheitlich der Union oder der FDP ihr Vertrauen geschenkt. Dies gilt es anzuerkennen. Trotz und Arroganz sind hier unangebracht. Das Votum ist aber auch kein Grund, die Jahre der Regierungsbeteiligung in Bausch und Bogen zu verurteilen. Wir haben viel Gutes erreicht! Dazu gehören zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das "Nein" zum Irak-Krieg, die Verteidigung von Arbeitnehmerrechten sowie die Förderung von Kindern und Familien. Manchmal habe ich den Eindruck, wir stapeln zu tief! Sagen wir den Menschen doch, was wir erreicht haben.

Natürlich sind auch Baustellen aus der Zeit geblieben, Fragen, auf die wir eine solidarische und ge-rechte Antwort finden müssen: Wie stehen wir zum AfghaVon Angelika Weikert
Landtagsabgeordnete



nistan-Einsatz? Wie stellen wir sicher, dass ein flexibler Eintritt ins Rentenalter ohne drohende Altersarmut möglich ist? Wie können wir uns der sich immer weiter öffnenden Einkommensschere entgegenstemmen? Häufig waren wir dann am erfolgreichsten, wenn in der innerparteilichen Debatte zu einem Thema richtig heiß diskutiert wurde. Das sollen andere auch ruhig mitbekommen! Eine lebendige Debattenkultur ist attraktiv!

Den Wählerwillen akzeptieren heißt auch, der neuen Regierung genau auf die Finger zu gucken. Und eigene Vorschläge zu entwickeln, statt nur Kritik zu üben! Sigmar Gabriel hat auf dem Parteitag in Dresden das Ziel ausgegeben, die Deutungshoheit über die Fragestellungen unserer Zeit zurückzugewinnen. Das geht nur, wenn man eigene Entwürfe vorlegt. Es wird vom neuen Parteivorstand anerkannt, dass sich die Basis in

der Vergangenheit übergangen gefühlt hat. Urwahlen, jährliche "Arbeitsparteitage" und eine ständige Kommunalpolitikerkonferenz sind Vorschläge, um dem abzuhelfen. Nutzen wir die Chance, unsere Ideen einzubringen!

Expertenwissen nutzen

Von irgendwoher müssen die Ideen aber auch kommen. "Ihr zeigt Euch ja immer nur vor Wahlen!" mussten sich viele von Euch im Wahlkampf sicherlich anhören. Politik ist für viele Menschen zu etwas geworden, was mit ihrem Alltag nichts zu tun hat. Das liegt zum Teil daran, dass sie niemanden kennen, der politisch aktiv ist. Durch unsere Mitgliedschaft in Sportvereinen und Bürgerinitiativen können wir als Sozialdemokraten Flagge zeigen! Dort treffen wir auf Menschen mit unterschiedlichsten Problemlagen und Bedürfnissen. Sie sind die Experten des Alltags! Daneben ist der Austausch mit Sozialverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaftlern unabdingbar, um zu innovativen Politikkonzepten zu gelangen. Das gilt ganz stark für die Bundespolitik – aber wir sollten diese Experten auch in unsere Unterbezirke einladen, ihnen zuhören und mit ihnen gemeinsam an Gesellschaftsentwürfen basteln.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Wahlergebnis nicht bedeutet, dass die deutsche Sozialdemokratie als überflüssig angesehen wird. Natürlich wundern wir uns, warum in Zeiten der Finanzkrise eine Partei wie die FDP sagenhafte Erfolge feiert. Unsere Konzepte zur Überwindung der Wirtschaftskrise waren schlicht nicht mehrheitsfähig. Das muss jetzt unser Ansporn sein! Wir sind diejenigen, die wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander in Einklang bringen können! Packen wir es also an!

SPD wohin?

Bevor wir uns die Frage stellen, wohin die SPD in der Zukunft steuert, halte ich es für unverzichtbar, sich bewusst zu machen, wo die SPD steht.

Nach elf Jahren Regierungsverantwortung hat unsere Partei ein Drittel der Mitglieder und die Hälfte der Wählerinnen und Wähler verloren. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat sich vergrößert, der Anteil der Löhne am geschaffenen Reichtum ist gesunken, ebenso wie die Statsquote. Der Spitzen-

■ Von Sandra Radue

stellvertretende Kreisvorsitzende



steuersatz wurde um mehr als 10 Prozentpunkte gesenkt, während die Masse der Bevölkerung höhere Lasen zu tragen hat: Der Konsum hat sich durch die Mehrwertsteuererhöhung auf 19 % verteuert, die "Eigenverantwortung" im

Gesundheitswesen führt zu höheren Ausgaben bei Praxisbesuch und Medikamenten, ohne dass sich die Kassenbeiträge vermindert hätten, die Einführung von Hartz IV führt bei vielen Arbeitslosen zu einer finanziellen Schlechterstellung.

Offensichtlich hat es unsere Partei nicht geschafft, die Lebensverhältnisse der Menschen so zu verbessern, dass dies als sozial ausgewogen und gerecht empfunden wird. Nun gilt es, die Menschen davon zu überzeugen, dass die SPD klar zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zurückkehrt. Erste - wenn auch zaghafte - Schritte dazu wurden auf dem Parteitag in Dresden unternommen. Mit dem Beschluss zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer hat sie gezeigt, dass eine Umverteilung von privaten, hohem Vermögen Einzelner zugunsten der Allgemeinheit für richtig und notwendig erachtet wird. Warum dies in der Regierungsverantwortung nicht angegangen wurde und welche Interessensgruppen dies zu verhindern wussten wäre eine interessante Fragestellung, mit der sich die Partei schon einmal auseinandersetzen sollte. Aus gemachten Fehlern lässt sich bekanntlich für die Zukunft lernen.

Ich denke, dass die SPD für die Zukunft eine klare Richtungsentscheidung treffen muss. Wollen wir eine Gesellschaft, in der die Profitmaximierung Einzelner das höchste Ziel ist oder wollen wir eine Gesellschaft, in der alle am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können? Wollen wir eine Gesellschaft, in der Arbeitnehmer aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und dem daraus resultierenden sozialen Abstieg erpressbar sind oder wollen wir eine Arbeitswelt, die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern demokratisch mitgestaltet werden kann? Wollen wir eine Gesellschaft, die die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, Arbeitnehmern und Arbeitslosen, Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, Arm und Reich, Homosexuellen und Heterosexuellen, hinnimmt und dazu nutzt, einzelne Interessengruppen gegeneinander auszuspielen? Oder haben wir nicht vielmehr das Ziel einer solidarischen Gesellschaft, in der Ungerechtigkeiten abgeschafft werden und die Vielfalt als Chance gesehen wird, sich zu bereichern und weiterzuentwickeln?

Ich hoffe – nein, ich erwarte sogar – dass die SPD sich darauf besinnt, wofür wir laut Hamburger Programm kämpfen wollen: Für dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst. Wenn wir an diesen Zielen konsequent festhalten, wird es uns letztendlich gelingen, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und früher oder später auch wieder die Möglichkeit haben, an der Verwirklichung dieser Ziele konkret zu arbeiten.



Wo ist der Schutzschirm für die ERBA-Villa?

Seit dem vergangenen Jahr hat der Staat durch unumwundenen und wahrscheinlich auch gerechtfertigten Aufwand viele Banken und Unternehmen vor der Pleite bewahrt. Es wurden Garantien und exorbitante Summen an Geld geleistet.

Wer ist dieser "Staat"? Richtig, das sind wir – die Bürgerinnen und Bürger auch dieser Stadt. Das nämlich steckt unter anderem in dem Begriff "Bürger", dass wir mit unserem Einkommen, aus dem wir Steuern zahlen, für die Zuschüsse, Kredite und Garantien, die der Staat den notleidenden Banken gegeben hat, bürgen. Der Staat, also wir, haben uns zu diesem Zweck – wenn auch nicht ganz freiwillig - verschuldet und wir zahlen die Schulden demnächst durch unsere Steuern zurück. Das zeugt von Selbstlosigkeit und Verantwortungsgefühl, man könnte auch Anstand dazu sagen.

Mittlerweile jedoch hat sich die Situation gedreht. Notleidend sind nun nicht mehr die Banken. Wie wir erfreut hören, geht es denen auch Dank unserer vorbehaltlosen Unterstützung wieder besser. Notleidend sind momentan die Bürgerinnen und Bürger (im Folgenden nur noch Bürgen genannt). In Erlangen am Anger sind es ganz konkret die Bürgen, die einen ihrer Lebensmittelpunkte in der ERBA-Villa gefunden haben. Das sind Mütter, Väter, Jugendliche, Kulturschaffende, Lernende, an Integration Interessierte, Sozialarbeiter und viele Andere. Vor allem trifft es Menschen, denen an ihren Mitmenschen etwas gelegen ist und die sich im Sinne eines gelebten Staates für sie einsetzen.

Nun sieht es so aus, als ob diese Menschen das Gebäude, in dem sie sich bisher wie zu Hause fühlen durften, in dem Manche von ihnen nach langer Suche in unserer Gesellschaft angekommen sind, verlassen müssten. Es fehlt am Geld, das benötigt wird um das Haus, das ihnen Schutz, Hilfe und Lebensinhalt bietet, in einem sicheren Bauzustand zu erhalten. Wir, die Bürgen haben, so sieht es bis jetzt aus, nicht genug Geld, um uns eine notwendige Sanierung leisten zu können. Die kostet mindestens 1,74 Mio •. Dieses Geld fehlt uns. Genau wie jenes Geld bis vor Kurzem – allerdings noch x-tausendfach mehr - den Banken fehlte. Denen haben die Bürgen beigestanden.

Wäre es nicht anständig, sich seitens der Finanzwirtschaft nun bei den Bürgen kenntlich zu erweisen? Zeugte es nicht davon, dass aus der Krise wirklich etwas bei den Vorständen und Finanzmanagern gelernt wurde? Vor Kurzem ließ ein Autor die Hauptdarstellerin in dem Fernsehfilm "Frau Böhm sagt nein" sagen: "Vorstand steht für Vorbild und Anstand". In diesem Sinne wären die Betroffenen in der ERBA-Villa für jede vorbildliche, anständige Unterstützung dankbar. Insbesondere, wenn es sich um eine anständige Spende handeln würde.

Falls das nicht der richtige Weg ist, den Schutzschirm über die ERBA-Villa zu spannen, müssen wir andere Lösungen finden. Dazu gibt es Haushaltsexperten bei der

Von Gerd Worm

Vorsitzender des Distrikts Anger



Kommune, die sicher für jedes Signal dankbar wären. Falls sich nun aber jemand der Vorstände angesprochen fühlt und sofort anständige Vorbildfunktion zeigen möchte, stehe ich gerne als Treuhänder zur Verfügung. Ich garantiere, das Geld nicht in riskante Fonds zu investieren, sondern einen Weg zu finden, es Denen zukommen zu lassen, die es jetzt brauchen.



Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr-und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

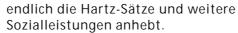
Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Redebeitrag auf der Demonstration für ein Sozialticket

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

die SPD-Fraktion und die Jusos unterstützen die Forderung für das Sozialticket im VGN.

Die Regelsätze bei Hartz IV sind generell zu niedrig und müssen wie von Sozialverbänden und Gewerkschaften gefordert auf 440 Euro angehoben werden.



Als dauerhafte Lösung ist anzustreben, dass der Bund die Mobilitätskosten für Bedürftige komplett übernimmt, wie er auch die Fahrtkosten bei Bewerbungen übernehmen muss.

Der Stadtrat in Erlangen muss nun zeigen, dass "offen aus Tradition" nicht heißen kann, Geschenke an Unternehmen durch niedrigste Gewerbesteuern zu verteilen und soziale

Von Andreas Richter

Juso-Unterbezirksvorsitzender, beratendes Mitglied UVPA



Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen. Die Tafeln werden keinen Fahrdienst für Bedürftige aufmachen!

Vielen Dank!



Nach der Festlegung aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die letztmals 2007 vorgenommen wurde, ergaben sich für Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger für den Bereich Verkehr ca. 16 Euro, darunter für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs – wie heute schon angesprochen - ca. 11 Euro pro Monat.

Das reicht natürlich hinten und vorne nicht aus. Hier muss im Großraum durch die Städte und Landkreise ein Zeichen gesetzt werden. Wie in anderen Städten auch – beispielhaft ist hier das Ticket in Dortmund zu nennen – und im Bundesland Brandenburg kann nicht darauf gewartet werden, bis der Bundestag

28. 11./ 5.12./ 12.12./ 19.12.

Fair-Café im Advent

an den Adventssamstagen von 10-16 Uhr Neustädter Kirchenplatz 7



Lassen Sie den Einkaufsstress hinter sich oder lassen Sie ihn gar nicht entstehen ...

... und wenn Sie doch denken, Sie brauchen noch das eine oder andere Weihnachtsgeschenk für Ihre Lieben ...

... dann kommen Sie doch in den Dritte Welt Laden – an den Adventssamstagen bis 16 Uhr geöffnet!





Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel Februar 2010 22.01.2010

Recht auf Mobilität durchsetzen – Für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr!

Viele Menschen können sich die teuren Tarife im VGN nicht, oder nur auf Kosten anderer Grundbedürfnisse leisten. Betroffen sind ALG II-EmpfängerInnen, Menschen mit so genannten Niedriglohn-Jobs, StudentInnen, ältere SchülerInnen, RentnerInnen und Flüchtlinge. Mobilität ist ein soziales Grundrecht und nicht Privileg für den Teil der Bevölkerung, der dafür bezahlen kann. Armut in unseren Kommunen darf nicht weiter tabuisiert werden. Wir wollen ein solidarisches Klima in der Stadt.

Um den sozialen und ökologischen Anforderungen gerecht zu werden, fordern wir mittelfristig den Nulltarif im ÖPNV.



Wir fordern deshalb die Städte Nürnberg-Fürth-Erlangen auf, kurzfristig ein Sozialticket für Arme oder von Armut bedrohte Personen einzuführen. Der im Hartz IV-Regelsatz vorgesehene Betrag in Höhe von 11,23 € darf nicht überschritten werden. Deshalb ist das derzeitige Nürnberg-Pass-Ticket in Höhe von 29,90 € keine Alternative.

Das Sozialticket muss unbürokratisch eingeführt werden und darf keine Ausschlusszeiten enthalten.

Ich unterstütze die Forderung des "Bündnisses für ein Sozialticket" zur Einführung eines Sozialtickets!

Name/Organisation	Adresse	Unterschrift	E-Mail-Adresse für weitere Infos	Mit Veröffentlichung einverstanden	
				Ja	Nein

Stellungnahme zur Nutzungsänderung beim Museumswinkel

Die heute (in der Sitzung des Stadtrats im Oktober, die Redaktion) zu beschließende Vertragsänderung werden wir nicht mittragen. Mit diesem Vertrag entstehen der Stadt, ohne tatsächliche Wert- und Attraktivitätssteigerung, über Jahre hinaus hohe Kosten – wobei das "Archiv an falscher Stelle" noch gar nicht enthalten ist:

- 1. Siemens, das sich bisher bei der Frage des "Forums Medizin - Kunst -Wissenschaft" immer sehr bedeckt gehalten hatte, sieht nun offensichtlich die Chance, zu einem von der Stadt finanzierten Siemens-Museum zu kommen. Dies wird die Attraktivität der Stadt in keiner Weise steigern. Von einem ernst zu nehmenden Industrie- oder Wissenschaftsmuseum ist das Ganze jedenfalls Lichtjahre entfernt! -Andererseits entsprechen die Kosten für das Kleinmuseum nach der Vorlage in etwa dem Verkehrswert der gesamten Immobilie!
- 2. Betriebskosten für ein ausschließliches(!) Siemensmuseum zahlt allein die Stadt!
- Altlastensanierung zahlt allein die Stadt
- 4. Stellplätze für Siemens-Museums-Besucher – zahlt die Stadt
- die dann fehlenden Proberäume für das Theater muss – natürlich – die Stadt mieten

Mittlerweile wird bereits fast die Hälfte dessen investiert, was für das mit großem Engagement und mit der Expertise von bundesweiten Fachleuten geplanten "Forums Medizin-Kunst-Wissenschaft" nötig gewesen wäre! Jetzt aber nur noch für einen Verwaltungsbau und ohne dass Erlangen in seiner überregionalen Wahrnehmung auch nur einen Schritt weitergekommen wäre! Die Stadt wird zumindest bis 2016 mit weiteren Millionen belastet - die "Entlastung" sieht so aus, dass sie spätestens ab 2020 mit dem Gebäude machen kann, was sie will. Zu dieser

"Lösung" passt auch, dass das Kulturreferat aus den Vertragsverhandlungen (immerhin über museale Nutzung!) herausgehalten wurde.

Es ist keine Rede mehr von einer stadtspezifischen Entwicklung eines, die hohen Kosten rechtfertigenden, Industrie-Kunst- und Wissensmuseums für die ganze Stadt. Vorarbeit von hohem Niveau und hoher Qualität, sei es in der inhaltlichen Konzeption, sei es im Wettbewerb, wurde durch die vorangegangenen Entscheidungen Makulatur. Im Gutachtergremium zum Wettbewerb konnte ich mich davon selbst überzeugen: hier wäre überzeugend Neues im Alten entstanden! Die Vorlage zur Vertragsänderung ist die logische Folge von Mutlosigkeit und mangelnder Identifizierung mit prägenden Institutionen und den dort tätigen Menschen in unserer Stadt.

Wir sind nach wie vor der Meinung: Erlangen – vor allem der Oberbürgermeister - sieht sich als Stadt von hoher Qualität in Wissenschaft und Industrie (Kunst lasse ich da mal lieber weg). Sie sollte daher ihre bedeutendsten Institutionen Uni und Siemens am Ort wirksam darstellen. Zumal dann, wenn beide aus einer so engen Bindung herrühren und die Ursprünge noch sichtbar sind. Keine andere Stadt und kein anderes Welt-Unternehmen würde so mit derartigen Möglichkeiten umgehen, ich denke da nur an Wolfsburg, München, Stuttgart und Zuffenhausen. Oder an Lauf an der Pegnitz, das 2009 einen Architektur- und Denkmalpreis für ein Industriemuseum von vergleichbaren Ausmaßen bekommen hat! Dafür hätte auch Geld investiert werden können – für ein Verwaltungsgebäude, dessen Tage in städtischem Besitz meiner Meinung nach gezählt sind (-2020) ist das zu viel!

Für die Firma schaut der Vertragsentwurf allerdings ziemlich profitabel aus: Sie hat das ensemblegeschützte Gebäude los und die Stadt finanziert ihre Firmenausstellung.... Und endlich wird auch die Süd-

Von Ursula Lanig

stellvertretende Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion



Fassade auf Siemens' Geheiß in Angriff genommen – für die Stadt war das bisher offensichtlich nicht nötig! Überhaupt hat die Stadtspitze mit ihrer obstruktiven Untätigkeit mögliche Beteiligte wie Siemens, die Uni und den Freistaat in keiner Weise animiert, sich zu engagieren. Und trotzdem: Obwohl sich so eigentlich weitere Unterstützer und Investoren nicht finden lassen, gab es Signale aus München, sich hier namhaft zu beteiligen. Kulturreferent Rossmeissl und Wolfgang Vogel hatten da nicht locker gelassen.

In unserer Fraktion hatten einige Mitglieder durchaus ein mulmiges Gefühl bei der Annahme des Geschenks - sie haben leider Recht behalten mit ihrer Annahme, dass hier einfach eine günstige Entlastung für die Ämter während des Rathaus-Umbaus erreicht werden sollte. Dass das Archiv im AWI (Aktenwinkel) am falschen Ort errichtet wird, haben wir schon häufig betont. Die hohen Kosten (5 Mio sind schon investiert und viele weitere werden folgen) für ein in der Anlage suboptimales Archiv und Verwaltungsräume erschweren jetzt die Rückgabe an den Spender, denn bei Rückabwicklung müsste dieser Betrag natürlich nicht von Siemens ausgeglichen werden. Für die (Kultur) Vereine und sonstigen Nutzer muss das "versprochene" Gebäude C weiter zur Verfügung stehen, zumindest bis im Frankenhof die nötigen Räume hergestellt sind.

Aus all diesen Gründen sprachen wir uns gegen den Antrag der Verwaltung aus, denn auf diese firmen-museale Nutzung kann aus städtischer Sicht inzwischen verzichtet werden. Ein Schaufenster der Stadt Erlangen für seine Bürger und Gäste von innen und außen entsteht so jedenfalls nicht! Liebe Genossinnen und Genossen, für die SPD neigt sich ein hartes Jahr dem Ende zu. Das gilt nicht nur für die Bundes-SPD, sondern auch für uns am Anger, wenn man unsere letzten Wahlergebnisse anschaut.

Nicht nur deswegen möchte ich Euch herzlich einladen, mit uns gemeinsam die Ereignisse des endenden Jahres noch einmal in vorweihnachtlicher Stimmung Revue passieren zu lassen.

Wir wollen das tun im Rahmen unserer

Distriktversammlung am 09. Dezember ab 20.00 Uhr beim Angerwirt, Guhmannstraße 10

Dazu lade ich Euch herzlich ein und freue mich auf ein paar schöne Stunden mit Euch

Solidarische Grüße Im Namen der gesamten Vorstandschaft Gerd Worm

Distrikt Anger

Vorsitzender:

Gerd Worm Telefon: 304556 Karl.Gerd@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen, unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 15.12. um 20:00 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Im Januar ist unser Distriktstreffen am

Dienstag, 19.01. um 20:00 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand Manfred Jelden

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Manfred Jelden Telefon: 601333 manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen, wir treffen uns am

Dienstag, den 8. Dezember um 19:30 Uhr zum Jahresabschlussessen

mit unseren Partnern und Partnerinnen im Nebenzimmer unseres TSV-Sportheims. Wir haben den Nebenraum.

Unsere nächste Distriktversammlung findet statt am

Dienstag, den 12. Januar um 20 Uhr im AWO-Raum

Tagesordnung

- 1. Aktuelles
- 2. Berichte aus dem Stadtrat, Ortsbeiräten und Kreisverband
- Bericht vom Wirtschaftsgespräch und Status der Anträge hieraus
- 4. Jahresplanung
- 5. Verschiedenes

Für den Vorstand Gabi Dorn-Dohmstreich

Protokoll der Distriktversammlung vom 10.11.09

1. Lärmschutz in Frauenaurach

Die Lärmbelastung auf dem Gaisberg wurde berechnet wie gesetzlich vorgeschrieben und nicht gemessen. Die Grenzwerte werden etwas überschritten. Um die Rechenergebnisse abzusichern, fordern wir eine zusätzliche Lärmmessung im Wohngebiet Gaisberg. Hierzu muss ein Stadtratsantrag gestellt werden.

2. Turnhalle der Grundschule Frauenaurach

Die Turnhalle ist einsturzgefährdet und wurde durch Bauaufsicht sofort gesperrt! Leider hat die Stadtverwaltung es versäumt, die Nutzer zu verständigen. Es sollte geprüft werden, ob der Aurachsaal nicht temporär als Ersatzlösung herhalten könnte.

Für den Vorstand Gabi Dorn-Dohmstreich

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Telefon: 992114 dohmstreich@nefkom.net

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann Telefon: 699118 zi-mi@web.de Liebe Distriktsmitglieder,

im Dezember haben wir uns zu einer vorweihnachtlich-gemütlichen Sitzung im August Bebel Haus verabredet. Ein inhaltliches Thema gibt es diesmal nicht, gerne kann aber jeder, der will (kein Muss!), eine Kleinigkeit zu Knabbern oder zu Trinken mitbringen. Wir treffen uns am

15. Dezember um 20 Uhr im August-Bebel-Haus, Sitzungsraum

Im Januar machen wir zusammen mit der SPD-Stadtratsfraktion eine Veranstaltung zur Situation in der Goethestrasse. Wir wollen mit den BürgerInnen diskutieren, was sich ggf. im Bereich vor dem Bahnhof noch ändern kann und muss. Es geht uns dabei in erster Linie darum, die Anliegen der AnwohnerInnen aufzunehmen. Deshalb laden wir ein zu

"Fraktion vor Ort" am 16. Januar, ca. 16 Uhr im Calvin-Saal (Bahnhofsplatz 3)

Weitere Termine zum Vormerken für die kommenden Monate:

- 23. Februar (JHV)
- 23. März (zum Thema SeniorInnen)
- 4. Mai
- 15. Juni

Für den Vorstand, Michael Zimmermann

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Telefon: 4003764 christofer@zwanzig-online.de Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit laden wir Euch herzlich zu einem

vorweihnachtlichen Beisammensein am Dienstag, 8. Dezember ab 19 Uhr (!) in der Waldschänke (Lange Zeile 104)

ein. Bitte beachtet den früheren Beginn!

Unsere Distriktssitzung im Januar findet am 19.01.2010 wieder wie gewohnt um 20.00 Uhr ebenfalls in der Waldschänke statt.

Mit solidarischen Grüßen Christofer Zwanzig Birgit Hartwig

Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr Telefon: 4000974 Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden euch herzlich ein zu unserer nächsten

Distriktsversammlung am Mittwoch, 8. Dezem-

ber, 20 Uhr im Röthelheim-Biergarten

Andreas Richter referiert zum Thema "Soziale Situation in Erlangen". Wir hoffen auf eine rege Beteiligung.

Für den Vorstand Brigitte Rohr

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter Telefon: 601924 rolfschowalter@t-online.de Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 08.12.2009, 20 Uhr, Schloßgaststätte

Tagesordnung:

- 1. Aktuelles
- 2. Berichte (KV, KMV, etc.)

- Rückblick auf "informationsveranstaltung" wegen G6; Neues zur Situation Hutgraben
- 4. Planung der KMV-Sitzung in Tennenlohe am 21.1.
- 5. Jahresplanung
- 6. Verschiedenes

Weitere Termine: Distriktversammlung am 11.01., 20.00 Uhr, Schlossgaststätte; TO wird zu Beginn festgelegt (wenn möglich mit Referenten) . JHV mit Wahlen voraussichtlich am 08.02.

Für den Vorstand Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 10.11.2009

- 1. Letzte Absprachen wegen Gansessen.
- 2. Bebauung Perimed-Gelände: Gertrud berichtet von den Plänen der Sparkasse als Grundeigentümer, das Gelände mit Wohnhäusern (RH, DH etc.) bebauen zu lassen, und von der von der Sparkasse gewünschten Bedarfsanmeldung. D.h. Interessierte aus Tennenlohe sollen sich unverbindlich melden, damit der Bedarf auch für den Bauträger nachweisbar ist Die Fraktion hat bereits aufgrund der Diskussion der vorhergehenden Sitzung einen Antrag eingebracht, dass die Stadt aufgefordert wird, in Tennenlohe für seniorengerechtes Wohnen zu sorgen und geeignete Standorte vorzuhalten, besonders im Hinblick auf das angesprochene Gelände [wurde inzwischen im Ortsbeirat behandelt und befürwortet].
- 3. Alternativstandort nahe dem Albertinum: Die Begehung dieses Grundstükke hat ergeben, dass dort drei Eigentü-

mer mitziehen müssten, von denen einer der Angelegenheit reserviert gegen- übersteht. Außerdem gibt es dort ein leichtes Gefälle, woraus nach Aussage von einigen Genossen große Probleme entstehen könnten selbst bei leichter Gehbehinderung (Rollator). Das Perimed-Gelände wäre geeigneter, allerdings müsste unserer Meinung nach ein Zugang von der Weinstraße möglich sein, was aus lärmschutztechnischen Gründen nicht genehmigt werden wird. Der Zugang vom Vogelherd aus zieht verkehrstechnische Probleme nach sich. Im TB soll das Problem "seniorengerechtes Wohnen in Tennenlohe" thematisiert und mit dem Aufruf verbunden werden, bei der Sparkasse unverbindlich Bedarf anzumelden.

4. Planung für das kommende Jahr: Wir wollen uns entsprechend der inhaltlichen Neuausrichtung der SPD über einige allgemeinere Themen klar werden und dazu nach Möglichkeit Fachleute einladen (Rente, Bildung, Mindestlohn, Rolle der Banken, Funktion des Geldes, Steuerpolitik] sowie vor Ort die Basisarbeit verstärken, die Mitgliederzahl erhöhen und den Bereich Jugendarbeit thematisieren (Zusammenarbeit mit Jusos?).

Rolf Schowalter (in Vertretung des Schriftführers)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten Euch recht herzlich einladen zu unserem traditionsgemäß im Dezember stattfindenden

Jahresabschlussessen am Mittwoch, 9.12. ab 19.00 bei Güthlein (Gasthof "Zur Einkehr")

Das ist eine Gelegenheit, sich in netter Runde über Politik und Privates auszutauschen, aber auch den politischen Ertrag des Jahres 2009 zu würdigen.. Wir freuen uns über Euer Kommen! Unser Januar-Treffen findet statt am

Mittwoch, 20.1., 20 Uhr im Gasthof "Zur Einkehr"

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- Berichte aus Kreisvorstand, Fraktion und Ortsbeirat
- 2. Kommunalpolitik im Zeichen knapper Kassen – Beratungen über den städtischen Haushalt 2010
- 3. Einzelprobleme des Stadtwestens
- 4. Verschiedenes

Im Auftrag des Vorstands Gerd Peters

P.S.: Im November fand unser Treffen unter dem Motto "Zwiebelkuchen und Bundestagswahl" statt. 20 Genossinnen und Genossen fanden sich ein, um diesem Thema den nötigen Respekt zu zollen.

Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters Telefon: 44366 gerd.peters-er@t-online.de

AG 60plus

Vorsitzende:

Helga Steeger Telefon: 47866

helga.c.steeger@t-online.de

Liebe 60 plus Genossinnen und Genossen

herzliche Einladung zu unseren 2 nächsten Treffen im Dezember 2009 und Januar 2010 zum Thema Alterssicherung!

Dienstag, 15. Dezember, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

bei Glühwein und Plätzchen, jede/r darf etwas mitbringen.

Im Neuen Jahr ist der Termin am

Mittwoch, 20. Januar, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

Im Namen des Vorstandes grüße ich herzlich und wünsche schöne Adventsund Weihnachts- und Festtage! Helga Steeger

AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin scoerlin@hotmail.com
- Gabi Dorn-Dohmstreich Telefon: 992114 dohmstreich@nefkom.net
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger Telefon: 502415
- Birgit Hartwig Telefon: 55939Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger Telefon: 23435
- Barbara Pfister Telefon: 502481

barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen,

im Namen des Vorstandes lade ich euch herzlich ein zu den nächsten Terminen der AsF:

- Mittwoch, 02.12.09, 20:00 Uhr: Gleichstellungsstelle – Frau Höschele-Frank und Frau Aschmann berichten und diskutieren mit uns Raum neben Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7
- Donnerstag, 17.12.09, 20:00 Uhr, ABH: Gemeinsam mit den Jusos wollen wir am Thema Bildung weiterarbeiten.
- Freitag, 18.12.09, 19:00 Uhr: Jahresabschlußfeier bei Jule Mildenberger, Spardorferstr. 42. Falls möglich, bitte etwas zum Essen mitbringen, Getränke werden gestellt.
- Mittwoch, 13.01.10, 20:00 Uhr: Finanzkrise – Vortrag von Julie. Raum neben Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7
- Mittwoch, 03.02.10, 20:00 Uhr: Jahreshauptversammlung – ABH

Gruß Gunda Liebe Genossinnen, herzliche Einladung zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 3.2.2010, um 20 Uhr im ABH

Vorläufige Tagesordnung:

- Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht Diskussion
- 2. Entlastung des Vorstands
- 3. Neuwahl des Vorstands
 - a) Festlegung der Anzahl der Vor standsmitglieder
 - b) Wahl des Vorstands
- 4. Personalvorschläge
 - a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmberechtigt)
 - b) Vertreterin im GKV (nicht stimmberechtigt)
 - c) ggf. Mitglieder von AsF-Bezirksvorstand und AsF-Landesvorstand
- Weitere Aufgabenverteilung (u.a. Frauengruppentreffen, Archiv)
- 6. Arbeitsplanung für 2010
- 7. Termine
- 8. Sonstiges

Für den Vorstand Hildegard Gröger Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Sitzungen im Dezember und Januar finden statt am

- · Dienstag, 08.12.
- Dienstag, 22.12.
- Dienstag, 12.01.
- Dienstag, 26.01.

jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus. Die Themen erhaltet ihr wie üblich wieder per e-Mail.

Im Dezember wollen wir außerdem das Gespräch mit der AsF zum Thema Bildung und Gleichstellung fortsetzen. Dazu treffen wir uns am 17. Dezember um 20 Uhr im August-Bebel-Haus.

Außerdem seid ihr herzlich eingeladen zu unserer "Jahresabschlussfeier" am 19. Dezember bei Andreas Richter. Auch dazu folgte noch eine Einladung per e-Mail.

Sozialistische Grüße Michelle

Jusos

Vorsitzende:

Michelle Starck Telefon: 0177-6001980 mitch_ave@yahoo.de

Neuer Vorstand beim Juso-Unterbezirk

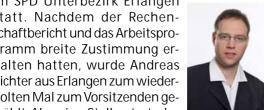
Am 24. November fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der Jusos

im SPD Unterbezirk Erlangen statt. Nachdem der Rechenschaftbericht und das Arbeitsprogramm breite Zustimmung erhalten hatten, wurde Andreas Richter aus Erlangen zum wiederholten Mal zum Vorsitzenden gewählt Als seine StellvertreterInFriedrich, Patrick Glück sowie Johanna Pfister gewählt

> Im kommenden Jahr wird sich der Juso Unterbezirk vor Allem mit Bundespolitik befassen. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt wird wie immer die Gleichstellungspolitik sein.

> Außerdem wird der Unterbezirk verstärkt die Jusos im Land-

nen wurden Julia Engelhardt, Carl kreis Erlangen-Höchstadt unterstützen.



FDP muss Unterstützung des Militärputsches in Honduras aufgeben

Pressemitteilung des Juso-Unterbezirks Erlangen vom Juli

Die Jusos in der SPD im Unterbezirk Erlangen verurteilen die Unterstützung des Militärputsches in Honduras durch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung aufs Schärfste.

"Die ganze Welt verurteilt den Putsch in Honduras. Die ganze Welt? Nein. Die parteinahe Stiftung der FDP rechtfertigt die Verschleppung und Absetzung des demokratisch gewählten Präsidenten durch das Militär als rechtmäßig", so Juso-Vorsitzender Andreas Richter. "Die JungsozialistInnen fordern die FDP auf, sich sofort von der Unterstützung des Putsches zu distanzieren. Ebenfalls unumgänglich ist der Rücktritt des FDP-Politikers Wolfgang Gerhardt vom Vorsitz der Naumann-Stiftung sowie eine Entbindung des verantwortlichen Mitarbeiters der Stiftung von seinen Aufgaben", so Richter weiter. Ansonsten könne die FDP keinesfalls mehr den Anspruch, Bürgerrechtspartei zu sein, aufrecht erhalten.

"Da wir keinen Zweifel daran haben, dass die Erlanger FDP sich stets für Rechtsstaat und Demokratie einsetzt, gehen wir davon aus, dass sie in diesem Sinne auf ihre Bundespartei einwirkt", betonte Richter.

Quellen:

Bericht der Friedrich-Naumann-Stifzu Honduras: http:// www.freiheit.org/files/62/ N 46 Honduras Die Legende vom_Militaerputsch.pdf

Leider halten die FDP und ihre Friedrich-Naumann-Stiftung bis heute an der Unterstützung des Militärputsches fest. Zusätzliche Brisanz gewinnt das Thema, da FDP-Chef Westerwelle nun Außenminister ist.

Regierung schiebt wichtige Themen auf die "lange Bank"

Die schwarz-gelbe Rechnung kommt später



Die Klausur der neuen Bundesregierung in Meseberg hat nur ein Ergebnis gebracht: Schwarz-Gelb schiebt alle wichtigen Themen auf die "lange Bank". Einschneidende Veränderungen am deutschen Sozialsystem und finanzielle Härten für Normalverdiener sollen vor der wichtigen nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Frühjahr vernebelt werden.

Steuersenkungen für Gutverdiener: Die Rechnung kommt später

Schwarz-Gelb hat in Meseberg bekräftigt, die Steuern ab 2011 jährlich um rund 20 Milliarden Euro zu senken. Profitieren werden davon vor allem Gutverdiener. Die Zeche zahlen müssen alle später mit Einschnitten ins soziale Netz. Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger in der neuen Passauer Presse: "Frau Merkel und Herr Westerwelle verhalten sich wie ein Ehepaar, dem das Geld fehlt, das defekte Dach des Eigenheims zu erneuern, und das trotzdem erst mal eine Weltreise unternimmt. (…) Jetzt werden Steuern maximal gesenkt. Die Folge ist der Zwang, die Ausgaben dann ab 2011 umso brutaler zusammenzustreichen." (19.11.09)

Krankenversicherung: Kräftige Steigerungen in der zweiten Jahreshälfte

Schwarz-Gelb will den Krankenkassen 3,9 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen, um aktuell Zusatzbeiträge für die Versicherten zu vermeiden. Allerdings wird diese Summe nach Expertenschätzungen nur bis zur Landtagswahl in NRW reichen. Danach müssen alle gesetzlich Versicherten damit rechnen, über steigende Zusatzbeiträge kräftig zur Kasse gebeten zu werden. Und zwar nur die Versicherten, denn die Arbeitgeber müssen sich an den Zusatzbeiträgen nicht beteiligen.

Gesundheitswesen: Schwarz-Gelb peilt Kopfpauschale an

Schwarz-Gelb will über weitere Reformen im Gesundheitswesen ebenfalls erst nach der Landtagswahl entscheiden. Dabei haben sich CDU, CSU und FDP schon im Koalitionsvertrag – nur schwach verblümt – auf eine unsoziale und ungerechte Kopfpauschale festgelegt, die vor allem Familien, Rentnerinnen und Rentner belastet.

Für den 2. Dezember will die Bundesregierung Wirtschaftsverbände, Banken und Gewerkschaften zu einem "Krisen-Gipfel" nach Berlin einladen. Doch so lange die Bundesregierung die Karten nicht auf den Tisch legt und sagt, wer die Zeche für ihre Politik bezahlen soll, bleibt dies eine reine Schauveranstaltung nach dem Motto "Gut, dass wir mal wieder miteinander geredet haben".